



NR. 336 NR. 1/2015 PREIS: EURO 4,50

ZEITSCHRIFT DER ÖBV-VIA CAMPESINA AUSTRIA

Wege für eine

Bäuerliche Zukunft



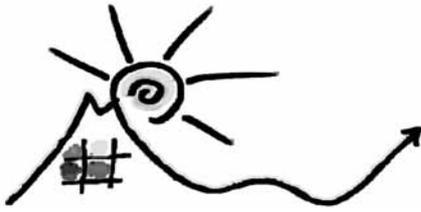
AGRAR MACHT AUSTRIA

Die spekulierende Genossenschaft

Starkregen

Sinn statt Gewinn!

Alles, was Recht ist!



Liebe Leserinnen,
liebe Leser!

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
ÖBV-Via Campesina Austria, Schwarzschanerstraße
15/3/1, 1090 Wien

Telefon: 01/89 29 400, Fax 01/958 40 33

E-Mail: baeuerliche.zukunft@chello.at

Homepage: www.viacampesina.at

Redaktion: Monika Gruber, DI Irmi Salzer,
Eva Schinnerl

Gestaltung & Layout: Eva Geber

Zeichnungen: MUCH Unterleitner



Titelfoto: Margit Gruber

Druck: Atlasdruck GmbH, Wienerstr. 35, 2203 Großesbersdorf

Enger Vorstand der ÖBV-Via Campesina Austria
(ÖBV-Via Campesina Austria, Österreichische Berg- und
Kleinbäuer*innen Vereinigung): Christine Pichler-Brix (Obfrau),
Lisa Hofer-Falkinger, David Jelinek, Florian Walter

Geschäftsleitung: Ludwig Rumetschhofer

Sekretariat: Katherina Mergl

Grundlegende Richtung: Wege für eine BÄUERLICHE
ZUKUNFT erscheint 5 Mal im Jahr als Zeitschrift der ÖBV-Via
Campesina Austria (ÖBV). Sie bringt kritische Analysen und
Informationen über die Situation der Berg- und Kleinbauern
und Bäuerinnen sowie Agrarpolitik im allgemeinen und will
über Bildungs- und Aufklärungsarbeit einen Beitrag zur Lö-
sung der Probleme von Berg- und Kleinbauern und -bäuerin-
nen leisten.

Die ÖBV ist ein von Parteien, Interessensverbänden und ande-
ren gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Institutionen
unabhängiger Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn aus-
gerichtet ist.

Die Zeitschrift BÄUERLICHE ZUKUNFT will ein Forum für die
offene Diskussion sein. Namentlich gezeichnete Beiträge ge-
ben daher nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion
und der Herausgeber wieder.

Einzelpreis: Euro 4,50

Jahresabonnement: INLAND Euro 25,-
AUSLAND Euro 29,-

Bankverbindung: ERSTE Bank, BLZ 20 111,
Kontonr. 04234529, IBAN AT 31201110004234529
BIC GIBAATWW

ÖBV-Mitgliedsbeitrag:

Ordentliche Mitglieder (Bäuerinnen, Bauern):
Euro 32,- + 1/1000 des Einheitswertes. Zwei Mitglieder in
einem Haushalt zahlen nur einen Beitrag.

Unterstützende Mitglieder: Mindestbeitrag Euro 32,-.
Euro 3,- aus dem Mitgliedsbeitrag werden an die ECVC wei-
tergegeben. Der Mitgliedsbeitrag enthält jeweils das Abonne-
ment von BÄUERLICHE ZUKUNFT.

Kontaktbüro in Brüssel: Europäische Coordination Via
Campesina (ECVC), Rue de la Sablonniere 18, B-1000 Brüssel
Tel.: 0032/2/2173112 Fax: 0032/2/2184509
E-Mail: office@eurovia.org, www.eurovia.org

ISSN 1019-5130

38. JAHRGANG (2015)



lebensministerium.at

Diese Ausgabe der *Bäuerlichen Zukunft* beschäftigt sich unter anderem mit der AMA als herrschender Agrar-Macht in Österreich. Im Frühling fordert die AMA auf, den jährlichen Mehrfachantrag auszufüllen, zu unterzeichnen und abzugeben, damit Bäuerinnen und Bauern Ausgleichszahlungen zuerkannt werden können. Dieses System, bei der die AMA die österreichische Agrarlandschaft zu hundert Prozent verwaltet, kontrolliert und sanktioniert, schafft rechtlich und demokratiepolitisch eine Schiefelage. Während auf der einen Seite die AMA mit ihrer Definitions- und Sanktionsmacht herrscht, leiden auf der anderen Seite die Bauern und Bäuerinnen unter den Auswüchsen der Bürokratie, des Beamtenapparates und von vorherin fehlender Rechtssicherheit. Im Konfliktfall sitzt die AMA am längeren Ast: Bäuerinnen und Bauern sehen sich mit Rückforderungen konfrontiert, stehen in jahrelangem Rechtsstreit und bangen um ihre Existenz. Ein Drama mit der AMA.

Der Schwerpunkt der nächsten Ausgabe: „Berglandwirtschaft“. Redaktionschluss ist der 20. April 2015.

Frühlingshafte und gänzlich dr-AMA-freie Grüße aus der Redaktion!

Eva, Irmi und Monika



Das Engerl begeistert sich über den agrarpolitischen Grundkurs der ÖBV und vor allem dessen motivierte und wissbegierige Teilnehmer*innen. Mehr als 25 Bäuerinnen und Bauern, Studierende und andere Interessierte aus ganz Österreich versammeln sich zu vier Modulen à zwei Tagen, um die Funktionsmechanismen, Strukturen und Hintergründe des österreichischen (europäischen und globalen) Agrarsystems zu durchblicken. Das Engagement und der Lerneifer der Teilnehmer*innen sind eine wahre Freude, die nächste Generation von Aktivist*innen für Ernährungssouveränität ist auf dem Weg!

Das Teufelr beobachtet voller Genugtuung, wie sich die österreichische Agrarspitze vor den Karren der (Agrar-) Industrie spannen lässt, indem sie sich als



TTIP-Lobbyverein betätigt. Landwirtschaftskammerpräsident Schultes träumt von der Versorgung des US-amerikanischen Marktes mit Bio-Tiefkühlerbsen, EU-Parlamentarierin Köstinger bezichtigt TTIP-Gegner*innen der Panikmache und der Herr Lebenswertminister erklärt, dass der Abschluss des Handelsabkommens mit den USA wichtig wäre, weil die deutsche Autoindustrie Absatzmärkte benötigt. Allen gemeinsam ist die Überzeugung, dass das ach so mächtige Österreich den Agrochemieinteressen Paroli bieten könne und die US-Verhandler die österreichischen „roten Linien“ (Gentechnikfreiheit, Hormonfleischbann etc.) samt und sonders respektieren werden. Das Teufelr wünscht viel Glück dabei.

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur.

KOMMENTAR

VON IRMI SALZER



MACHT, OHNMACHT UND KULTURELLE HEGEMONIE

Antonio Gramsci, italienischer Philosoph und Kommunist entwickelte das Konzept der „kulturellen Hegemonie“. Grob vereinfacht besagt es, dass Herrschaftsverhältnisse nicht nur über Zwang, sondern auch über die Verinnerlichung von gesellschaftlichen Vorstellungen hergestellt werden. Die dominanten Interessen schaffen es, weitgehende Zustimmung zum herrschenden System zu produzieren (und bedienen sich dabei Teilen der Zivilgesellschaft). Hegemonie erzeugt also das „Einverständnis der Regierten“.

Diese Analyse von Macht- und Herrschaftsverhältnissen lässt sich hervorragend auf den Agrarsektor anwenden. Weitgehende und in hohem Ausmaß verinnerlichte Zustimmung zu den Interessen der dominanten Gruppen ist in der bäuerlichen Bevölkerung an der Tagesordnung. Wachstumszwang, Produktivitätssteigerung, Exportorientierung, Effizienz, der Bauer als Unternehmer sind fest verankerte Zielvorstellungen oder zumindest „Sachzwänge“. Trotz sich ausbreitenden Unbehagens manifestiert sich diese Zustimmung alle fünf Jahre wieder bei den Landwirtschaftskammerwahlen in beinahe nordkoreanischen Mehrheiten des Bauernbunds. Die „Wir Bauern müssen zusammenhalten“-Mentalität führt zum Schulterchluss zwischen den dominanten Machtinteressen und denen, die diese Machtverhältnisse freiwillig aufrechterhalten, obwohl sie unterm Strich „draufzahlen“.

Harald Katzmaier, Netzwerkanalyst aus Österreich hat in einer Studie die wichtigsten Machtnetzwerke Österreichs analysiert. Zwei der acht wichtigsten Cluster gruppieren sich um Raiffeisen. Katzmaier



spricht von der kulturellen Hegemonie Raiffeisens, von einer interessanten Mischung aus Geld und „Werten“, die im Zusammenspiel mit dem Bauernbund sogar „Grassroots“-Einbettungen aufweist. Die Beschwörung von Werten, die im multinationalen Konzern längst nicht mehr relevant sind – der bäuerliche Selbsthilfeverein, die „freien Bauern“, die Verwurzelung in der Region – sind demnach ein hervorragendes Mittel, um die „Zustimmung der Regierten“ einzuholen.

Um dieses Mitmachen, diese kulturelle Hegemonie zu überwinden, brauchen wir Mut und Widerstand, aber auch gute Ideen. Harald Katzmaier ist der Überzeugung, dass sich real nur etwas ändert, „wenn die bestehende Elite gespalten ist. Dafür benötigt es aber die entsprechenden Werte und Visionen, als Legitimationsgrundlage für andere Verteilungen in unserer Gesellschaft.“

Wir sind überzeugt davon, dass Ernährungssouveränität eine hervorragende Legitimationsgrundlage für eine andere Agrarpolitik darstellt.

*Irmi Salzer
Pressesprecherin
ÖBV-Via Campesina Austria*

INHALTSVERZEICHNIS

Franz Rohrmoser DEMOKRATISIERUNG DER BEZIEHUNGEN IN DER AGRARPOLITIK	4
Martin Birkner DIE SPEKULIERENDE GENOSSENSCHAFT	7
Judith Moser-Hofstadler ALLES, WAS RECHT IST!/ KONTAKTADRESSEN	10
Stefan Ortmayr SINN STATT GEWINN!	12
Monika Gruber AMA – ANGST MACHT ABHÄNGIG	13
Florian Walter STARKREGEN	16
Michael Kerschbaumer SYSTEMOPFER	19
Agnes Strauss und Ika Darnhofer DAS POTENTIAL DER VIELFALT	20
KURZ & BÜNDIG	22
Ella Augusteyns, Marina Hetzner, Bernadette Moser und Johann Schauer FRAUENBILDER IN AGRARZEITSCHRIFTEN – STATISTINNEN ODER PROTAGONISTINNEN?	23



Irmi Salzer DIE (IR-)RELEVANZ DES CHLORHUHNS	24
Monika Gruber GLOSSE	26
ABO-WERBUNG	27
ÖBV-Info/Veranstaltungen	28

DEMOKRATISIERUNG DER BEZIEHUNGEN IN DER AGRARPOLITIK

Dieser Artikel ist eine gekürzte Fassung eines Beitrages, den ich ursprünglich an das Bündnis 90/Die GRÜNEN im Deutschen Bundestag richtete, anlässlich deren Zukunftskonferenz Bäuerliche Landwirtschaft im November 2014. Es geht in diesem Beitrag um die Demokratisierung, oder anders gesagt um eine „Ökologisierung“ der Beziehungen in der Agrarpolitik. Wir brauchen mehr Demokratie von unten, das heißt mehr Beteiligung der betroffenen Menschen an den Lösungsprozessen.

VON FRANZ ROHRMOSER



Lobbys des deutschen Bauernverbandes haben nach der Grenzöffnung 1989 aufbauend auf der DDR-Struktur mit Großbetrieben, und in Vorwegnahme der drei Jahre später folgenden Einführung der EU-Flächenprämie 1992 einen Deal geschmiedet: Sie schlossen sich aus verschiedenen Ideologien kommend zu einem Kartell zusammen und erklärten nun den Großbetrieb als ideal. Das löste zunächst in Westdeutschland und dem folgend auch in Österreich eine starke betriebliche Wachstumsdynamik mit ei-

nen gewaltvollen Verdrängungswettbewerb zwischen Bauern aus. Durch Identifikation mit dem Großen verstärken die betroffenen Bauern selber diese Dynamik. Das agrarpolitische Instrument der flächen- und besitzbezogenen Direktzahlungen verstärkt den Verdrängungskampf. Gewalt, Missbrauch und Korruption in den Beziehungsstrukturen des Agrarbereiches müssen in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit gerückt werden. Die Flächenbezogenheit der Zahlungen ist daher untragbar und muss ersetzt werden durch eine arbeitsbezogene und Demokratie fördernde Förderform, mit gerechter Verteilung der Gelder.

Die Beziehungen zwischen den handelnden Personen und Institutionen des Agrarbereiches sind mit besonders viel Gewalt, Missbrauch und einseitigen Abhängigkeiten durchdrungen. Dies belastet die betroffenen Menschen enorm und ist ein Mangel an Demokratie. Wir müssen dieses Thema der Beziehungskonflikte in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit stellen und Wege finden, wie im Sinne von Thea Bauriedl, Zitat: „im grenzenlosen Wachstum neue Grenzen gefunden werden können“ (Bauriedl/ München, „Leben in Beziehungen“, Verlag Herder in Freiburg 1996). Richten wir unseren Blick zunächst auf drei verschiedene Bereiche in denen besonders viel Gewalt und Miss-

brauch in den Beziehungen sichtbar wird, etwa:

- Konflikte auf der Beziehungsebene zwischen den Bauern, die vom Wachsen und Weichen geprägt ist. Es herrscht eine Art Kriegszustand mit Kampf zwischen den Bauern. Viele sind am Größenwerden orientiert, die Devise heißt: Ich oder Du (Bauriedl), einer muss weichen.
- Konflikte auf der Beziehungsebene zwischen kleinen und großen Grundbesitzern, zwischen kleinen und großen Bauern. Gerade diese Beziehung ist schon traditionell aus der Geschichte sehr konfliktbeladen und voller Gewalt. Diese Beziehung ist nicht nur geschichtlich mit Herrschaftsverhältnissen und Missbrauch belastet, sondern die Konflikte werden auch aktuell durch das flächenbezogene System der Direktzahlungen Hektar X Geld enorm angeheizt und verschärft: Die große Geldsumme aus der Säule 1 der EU erhält letztlich wenige große Grundbesitzer. Die große Zahl der kleineren Bauern erhalten davon wenig, obwohl dieses viele Geld öffentlich gerade auf ihrer Existenz, auf ihren gesellschaftlichen Leistungen begründet und legitimiert wird. Kleine Bauern werden also in einem eingespielten Mechanismus vor den Karren gespannt und missbraucht.
- Konflikte auf der Beziehungsebene zwischen Bauern und ihren traditionellen Interessenvertretern. Diese Beziehung ist sehr konfus und verwirrend, weil diese bäuerlichen Organisationen weitgehend von Lobbys der industriellen Landwirtschaft korrumpiert und gekauft sind. Interessensvertreter werden durch Korruption doppelbödig und zwiespältig, indem sie dann bäuerlich reden und industriell handeln.

Diese drei angesprochenen Konfliktbeziehungen machen deutlich, dass wir es

hier nicht nur mit Gewalt und Missbrauch, sondern auch mit einem Mangel an Demokratie zu tun haben. Es werden neue feudale Herrschaftsverhältnisse sichtbar, die von ihrem Wesen her aus vordemokratischen Zeiten stammen, denn neue feudale Herrschaft heißt konkret, dass große Grundbesitzer wieder die Politik bestimmen.

Die größte „Zerstörungsmaschine“ der bäuerlichen Landwirtschaft ist die flächenbezogene Direktzahlung

Wenn ich mir als Konfliktforscher die Frage stelle, welches politische Instrument fördert den Verdrängungswettbewerb unter den Bauern am stärksten, dann gebe ich – wie der ostdeutsche Schriftsteller Michael Beleites (Bauernstimme Juli 2014) – zur Antwort: „Das sind die flächenbezogenen Direktzahlungen“. Wer über viel Fläche verfügt, bekommt viel Geld dazu. Der Förderschlüssel lautet: Hektar X Geld. Dies führt zu einer Eigendynamik: Nutznießer dieser Förderung kaufen weitere Fläche von Spanien bis Osteuropa dazu, um noch mehr Geld zu erbeuten. Dies heizt den laufenden Verdrängungswettbewerb unter den Bauern enorm an, denn viele wollen aufstocken, um zu den Großen zu gehören. Aus diesem Grund akzeptieren viele kleinere Bauern auch die Selbstbereicherung der Großen, weil sie selber ein Großer sein möchten. Sie sind mit den Großen identifiziert und das stützt deren Macht. Das verdeutlicht das bereits eingangs erwähnte Beispiel, als die deutsche Regierung die EU-Flächenprämie einführt: 1989 öffneten sich die Grenzen zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands, wo bis dahin die DDR-Strukturen mit Großbetrieben vorherrschten. Drei Jahre später, 1992, führte Deutschland die EU-Flächenprämie ein. Die mächtigen Lobbys des deutschen Bauernverbandes schlossen sich zu einem Kartell zusammen und erklärten den Großbetrieb zum Ideal. Das führte dazu, dass in Westdeutschland die Betriebe enorm wuchsen. 1995 führte dann die österreichische Regierung die EU-Flächenprämie in Österreich ein. Der dadurch ausgelöste Wachstumsschub

und die damit verbundene Verdrängungsdynamik bei den Höfen werden mit „ökosozialer Ideologie“ schöneredet.

Mit allen Mitteln werden flächenbezogene Direktzahlungen verteidigt. Traditionell eingespielte Missbrauchsformen werden zur Machtausübung benutzt. Zum Beispiel wiederholt sich der oben angesprochene „Vorspannmechanismus“ (Krammer/Rohrmoser, „Im Kampf um ihre Rechte“, Promedia-Verlag Wien 2012), indem Großbauern im Bündnis miteinander Förderungen vom Staat einfordern, die dann im Namen aller kleinen Bauern öffentlich beim Steuerzahler begründet werden.

Die Flächenbezogenheit der Direktzahlungen ist deshalb untragbar. Sie ist besitzbezogen und fördert feudales Machtstreben bis zu einer neuen Art von Landnahme. Demokratiepolitisch gesehen brauchen wir dringend einen anderen Verteilerschlüssel für Direktzahlungen, in dem nicht der Grundbesitz, sondern die Arbeit für öffentliche Leistungen gefördert wird, so wie es zum Beispiel die Bundesanstalt für Bergbauernfragen ausgearbeitet hat.

Machtkonzentrationen bearbeiten, Agrar-Lobbys direkt konfrontieren

Große Grundbesitzer haben sich in der Geschichte oft mit fraglichen Methoden die „Verfügungsmacht“ über Grund und Boden erbeutet und nun haben sie in der Agrarpolitik seit 1992 auch noch die „Definitions-macht“ an sich gerissen, das heißt, sie haben die Macht, den Förderschlüssel zu bestimmen. Sie haben sich zum Beispiel in der „Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ (DLG) sowie europaweit zu einer wirksamen Lobby formiert. Diese Lobby vereinnahmt, korrumpiert und missbraucht für ihre Interessen die bäuerlichen Interessensvertretungen, sodass diese Organisationen sogar gegen die Interessen ihrer eigenen Mitglieder tätig werden. So wurden Interessensvertretungen zwiespältig und doppelbödig: Sie geben vor, die Bäuerliche Landwirtschaft zu stützen, in Wirklichkeit tun sie das Gegenteil.

Geheim agierende Machteliten, wie die erwähnte DLG eine ist, müssen beim Namen ge-

nannt werden. Zum Beispiel ist ein österreichischer Großgrundbesitzer, Maximilian Graf Hardegg, Vorstandsmitglied bei der DLG in Deutschland und dort zudem Vorsitzender des „Fachzentrums Land- und Ernährungswirtschaft“.

Die IG-Milch hat in ihrer Zeitschrift (Ausgabe 42, August 2014) ein Interview mit Maximilian Graf Hardegg veröffentlicht, in dem er sagt, ... dass es keinen Sinn mache, für kleinere Betriebe Förderungen auszuzahlen, da diese sowieso keine Zukunft hätten und es daher schade um das Geld sei. Man brauche große, produktive und damit wirtschaftlich fühbare Einheiten, so wie sein Betrieb sich darstellt, 2.200 ha Feld, 25 ha Weingärten, 500 ha Forstwirtschaft, fast 1.000 Sauen, drei Geschäftsführer. Viel gescheiter wäre es, die damit frei werdenden Fördergelder doch auf die großen Betriebe umzuschichten, damit sich diese noch besser entwickeln können.

Bäuerlichen Betrieben wird in diesem Denken von Graf Hardegg die Zukunft buchstäblich abgesprochen und verweigert. Hier wird die ganze Bandbreite der Interessenskonflikte sichtbar.

Die Gewalt zwischen Bauern und die Identifikation mit dem Großen bearbeiten

Eine Demokratisierung der Beziehungen bedeutet auch ein Hinsehen auf die eigene Beteiligung der Betroffenen im Verdrängungswettbewerb. Wachsen und Weichen bedeutet „Krieg und Kampf“ zwischen den Bauern. Das Beziehungsbild dieses gängigen Systems besagt: Ich oder du, einer muss weichen. Die Großen sind zum Leitbild geworden. In einer Art „Flucht nach vorne“ identifizieren sich Kleine mit dem Großen. Der Wunsch ist: „Ich will sein wie er“, es ist der Versuch, selber ein Großer zu werden. Diese Identifikation mit den Großen hat die Form einer Nachahmung eines Vorbildes.

Bei diesem Vorgang der Identifikation mit dem Großen, man kann es auch Identifikation mit dem Angreifer nennen, werden die betei-

ligten Bauern zu Mittägern. Sie stützen somit selber das Verdrängungssystem und halten es aufrecht. Bäuerinnen und Bauern, die hier aussteigen wollen, müssen durch Bewusstwerden in ihren Köpfen buchstäblich das verinnerlichte „Idealbild des Großen aus sich selbst vertreiben“. Nur so können sie aus dem destruktiven Verdrängungssystem aussteigen. Das alternative Beziehungsbild lautet: Ich und du (Bauriedl), wir haben beide in der Region nebeneinander einen Platz, wir wollen gemeinsam überleben und unsere Region gestalten. Und wo Betroffene ihre eigene Mittäterschaft erkennen, passiert sofort eine Veränderung. Hier wird dem Verdrängungssystem, einschließlich der falschen Agrarpolitik das Einverständnis verweigert. Das bewirkt Veränderung.

Die Zwiespältigkeit der Bauernvertretung und die Abhängigkeiten bearbeiten

Wenn bäuerliche Interessensvertretungen von Lobbys korrumpiert und missbraucht werden, dann treten diese zwie-

spältig und doppelbödig in Erscheinung. Das ist ein Zustand von Helfern, die nicht mehr helfen können, weil sie selber missbraucht werden.

Dies löst eine Grundkrise bei den Betroffenen aus: Sie haben keinen Schutz mehr, sie verlieren den Glauben an die eigene politische Gestaltbarkeit und den Glauben an eine Demokratie. Es ist ein Zustand von einseitiger, großer Abhängigkeit. Aus Selbstschutz unterwirft sich der Abhängige seinem Machthaber, entwertet sich selber und nimmt auch die Schuld am Zustand auf sich (z. B. fühlen sich viele Bauern/Bäuerinnen als Versager wenn sie in dem System nicht überleben können). Hier wird eine zweite Form der Identifizierung mit dem Großen, dem Angreifer wirksam: Eine unterwerfende Form mit großer Abhängigkeit.

Dieses psychologische Phänomen der Unterwerfung ist auch unter dem Namen „Stockholm-Syndrom“ bekannt geworden, als im August 1973 in Schweden bei einem Entführungsdrama die Opfer der Geiselnahme ein positives, emotionales Verhält-

nis zu ihren Entführern aufbauten. Dies kann dazu führen, dass das Opfer mit den Tätern sympathisiert und mit ihnen kooperiert.

Solche Mechanismen der Unterwerfung durch Abhängigkeit werden bekanntlich von Generation zu Generation weitervererbt und reichen oft zurück in die Zeit, in der die tatsächlichen Feudalverhältnisse noch vorherrschten. Viele Bauern halten ihren traditionellen Parteien und Interessensvertretungen auch dann noch die Treue, wenn diese sie verraten und missbrauchen. Das Phänomen der „Identifikation mit dem Angreifer“ könnte eine Erklärung dieser besonderen Treue von Bauern an ihre Organisationen sein.

Wir brauchen eine Bewusstseinsbildung, in der solche geschichtlich eingespielten Mechanismen wie die unterwerfende Identifikation mit dem Großen thematisiert und gründlich bearbeitet werden.

*Franz Rohrmoser
Konfliktforscher*



Lutz Holzinger, Clemens Staudinger
SCHWARZBUCH RAIFFEISEN
240 Seiten, Euro 16,90

3., erweiterte Auflage!

Im »Schwarzbuch Raiffeisen« gehen Lutz Holzinger und

Clemens Staudinger der Geschichte der Genossenschaft von der Bauernbefreiung bis zur Gegenwart nach, rekonstruieren die Verfassung und Realverfassung dieser Vereinigung und skizzieren detailliert ihre wirtschaftliche und politische Macht. Ergebnis der Recherchen ist das Porträt einer einzigartigen Zusammenballung von ökonomischem und gesellschaftlichem Einfluss. Das Verhältnis des Konzerns zu Demokratie und Kontrolle wird zur Debatte gestellt.



Andreas Exner et al. (Hg.)
KÄMPFE UM LAND
Gutes Leben im post-fossilen Zeitalter
256 Seiten, Euro 19,90

Gutes Leben nach „Peak Oil“ ist möglich! Für das energie-

hungrige Kapital wird der Zugang zu Land entscheidend, die nutzbare Erdoberfläche ist jedoch begrenzt und für Menschen im Süden eine Überlebensgrundlage. Eine Alternative ist möglich: Sie besteht in solidarischen Ökonomien und sozialen Innovationen. Energie, Rohstoffe und Nahrung sind möglichst versorgungsnah herzustellen. Landnutzung sollte gemeinschaftlich reguliert werden, wobei das Recht auf Nahrung im Zentrum stehen muss!



Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Hg.)
RECHTSEXTREMISMUS
Entwicklungen und Analysen
Band 1
272 Seiten, Euro 19,90

Die Beiträge behandeln eine breite Themenpalette –

von der Kritik an der Mainstream-Forschung und ihrem begrifflichen Instrumentarium bis hin zu gängigen Auslassungen (wie Sexismus und Antifeminismus), von zentralen AkteurInnen der extremen Rechten bis hin zu einschlägigen Feindbildern, von der Kritik des Verfassungsschutzes bis hin zur Reflexion antifaschistischer Gegenaktivitäten. Abgerundet wird der Band von einer Chronologie rezenter rechtsextremer Vorfälle.

DIE SPEKULIERENDE GENOSSENSCHAFT

Genossenschaften sind in vielen Ländern der Erde unverzichtbare Organisationsstrukturen von Bäuer*innen. Aus guten Gründen: Bäuer*innen, die sich zusammenschließen, sind den Unwägbarkeiten des Wetters, aber auch jenen des „freien“ Marktes weniger stark ausgesetzt, sie unterstützen sich gegenseitig in Notsituationen. Aber auch im ganz normalen Alltag sind genossenschaftliche Organisationsformen unverzichtbar, etwa bei der gemeinsamen Nutzung von Maschinen und Geräten oder kollektiven Ein- bzw. Verkaufsstrukturen. Und nicht zuletzt orientiert sich das Prinzip Genossenschaft nicht an der Abschöpfung von Profiten, sondern an gegenseitiger Hilfe und einer bedürfnisorientierten Wirtschaftsweise. So weit die Theorie. Hierzulande aber ticken die Genossenschaftsuhren anders, sie ticken im Takt des größten österreichischen Konzerns: Raiffeisen.

Gegründet als Selbsthilfeorganisation armer Bäuer*innen ist Raiffeisen mittlerweile zum größten österreichischen Konzern herangewachsen, inklusive Monopolstellungen in einigen landwirtschaftlichen Bereichen wie Milch oder Zucker. Aber Raiffeisen ist mehr als einfach nur eine große Firma. Als solche wäre sie lediglich ein normales Phänomen in einem zu Monopolbildung tendierenden kapitalistischen Wirtschaftssystem. Der „grüne Riese“ aber ist mindestens aus drei darüber weit hinaus gehenden Gründen zu kritisieren wegen: a) seiner massiven Verflechtung mit politischen Interessensvertretungen und Staatsapparaten, b) der bedenklichen Marktdominanz im medialen Bereich – sei es als (Mit)Eigentümer oder wichtiger Inserent und c) seiner untrennbaren Verbindung von genossenschaftlichem und profitorientiertem wirtschaftlichen Handeln und der damit verbundenen massiven Schädigung der Genossenschaftsidee. Diesen drei Bereichen möchte ich mich in weiterer Folge etwas näher widmen. Einen Anspruch

auf Vollständigkeit erhebe ich dabei nicht, müsste doch auch über Versicherungen gesprochen werden, die Beteiligungen in der Werbewirtschaft, über das Sponsoring von Schulen und Universitäten oder die TTIP-Propaganda in Raiffeisenmedien ...

Die „Dreifaltigkeit“

Lutz Holzinger und Clemens Staudinger beschrieben im „Schwarzbuch Raiffeisen“ die zentrale Konstellation landwirtschaftlicher Machtpolitik in Österreich als „Dreifaltigkeit“ von Bauernbund, Landwirtschaftskammer und Raiffeisen.¹ Da in der gesetzlichen Interessensvertretung Landwirtschaftskammer der ÖVP-Bauernbund nahezu in allen Gliederungen über eine absolute Mehrheit verfügt, ist die Macht des Dreigestirns fast unbeschränkt. Dass die personalen Überlappungen in allen drei Teilen der Dreifaltigkeit äußerst stark ausgeprägt sind, braucht wohl nicht extra erwähnt zu werden. Aber der unmittelbare Bereich agrarischer Interessensvertretung bedeutet keineswegs das Ende des Einflussbereiches der Dreifaltigkeit. Mit 14 Bauernbündlern im Nationalrat (2013 waren sieben davon Angestellte oder in einem Naheverhältnis zu Raiffeisen) stellt diese Organisation einen gewichtigen Machtfaktor in der österreichischen Politik dar. Während also andere Unternehmen und Konzerne Lobbyist*innen beschäftigen müssen, um ihre Interessen in politische Formen zu bringen, erledigen dies die

¹ Wie bei der echten, christlichen, Trinität ist auch in unserem Falle jede der drei „Personen“ Teil der Wesenseinheit – nur eben nicht Gottes, sondern der ÖVP.

Mythos & Realität von Raiffeisen. VON MARTIN BIRKNER



Aktivist*innen der „Dreifaltigkeit“ gleich unmittelbar selbst.

Deshalb verwundert es auch kaum, dass das Wahlrecht der Landwirtschaftskammern demokratiepolitische Mindeststandards klar unterläuft: Auch pensionierte Bäuer*innen sind wahlberechtigt, ebenso Angestellte von Genossenschaften (na welche wohl?) und Waldbesitzer. Wer in der glücklichen Lage ist, mehrere dieser Positionen auf sich zu vereinigen, darf auch gleich mehrfach sein Giebelkreuzerl machen. Dass ein derartiges Wahlrecht bestehende Machtverhältnisse zementiert, ist klar. In Kombination mit dem weitverzweigten Netz von lebensmittelverarbeitender Industrie, Lagerhäusern und der Raiffeisenbanken gelingt es der Dreifaltigkeit, nahezu jeden Lebensbereich von am Land lebenden Menschen zu durchdringen. Dabei habe ich die Rolle von Raiffeisen als Immobilienhändler und -spekulant sowie die Rolle des „grünen Riesen“ im Bereich der Medien noch gar nicht erwähnt. Diesem letztgenannten Aspekt möchte ich mich nun zuwenden.

Medienriese Raiffeisen

Raiffeisen ist nicht nur an einer Reihe österreichischer Medien – zum Teil als Mehrheitseigentümerin – beteiligt (News, Format, Profil, Kurier, ...), sondern übt auch über die Beteiligungsgesellschaften einen riesigen Druck auf alle österreichischen Printmedien (und nicht nur auf diese) aus. Das Zauberwort heißt Werbung, und da die meisten Zeitungen und Zeitschriften von ihren Inseratenkund*innen abhängig sind, entsteht alleine durch die enorme Anzahl der Raiffeisen-Firmen ein Druck zu vorauseilendem Gehorsam. Raiffeisen-Boss Hameseder brachte diese Machtkonstellation einst in einem Gespräch mit der Zeitschrift „Datum“ sehr schön auf den Punkt: „Ein Eingreifen direkt bei den Redakteuren gibt es bei mir nicht, das hat auch Christian Konrad nicht gemacht. Ich spreche mit den Führungspersonen, also Herausgebern und Chefredakteuren. Die gehen dann damit um.“

Aber nicht immer funktioniert der vorauseilende Gehorsam gegenüber Raiffeisen. Als Paradebeispiel kann der so genannte „News-Skandal“ aus dem Jahre 2013 zählen: Lutz Holzinger und Clemens Staudinger, die Autoren des kritischen „Schwarzbuch Raiffeisen“ gaben einem Redakteur von News im Frühjahr 2013 ein Interview. Zunächst geschah das Unerwar-

tete, das Interview ging auf der News-Homepage tatsächlich online. Damit wurde der Bogen wohl überspannt. Der News-Chef höchstpersönlich veranlasste bereits nach wenigen Stunden die restlose Entfernung des Interviews von der Online-Seite. Begründet hat er diesen Schritt mit mangelnder Objektivität des Gesprächs – bei einem Interview! Aber der Schuss ging nach hinten los: Ein medienkritischer Blog hatte nämlich Screenshots vom Interview angefertigt, es wurde aber auch eine digitale Kopie des Interviews erstellt – und auf einem russischen Server online gestellt. Fünfstellige Zugriffszahlen und ein enormer Medienwirbel waren die Folge, vom „Schwarzbuch Raiffeisen“ konnten binnen Wochen drei Auflagen verkauft werden.

Dies zeigt, dass es durchaus möglich ist, der Kritik an der Macht des „grünen Riesen“ auch in einer einfältigen Medienlandschaft wie der österreichischen Gehör zu verschaffen. An der Vormachtstellung des Genossenschaftskonzerns, seiner Verflechtung mit der politischen Elite und der de facto nicht vorhandenen Kontrolle änderte dies allerdings wenig bis gar nichts. Und nur selten können die Interessensgegensätze innerhalb der Konzernstruktur nicht intern glattgebügelt werden, wenn zum Beispiel in Sachen Biosprit-Beimischung (Stichwort „E10“) Raiffeisen-Re-

search die Gefahren von Biosprit-Produktion für die Ernährungssouveränität durchaus zur Sprache bringt, während der hauseigene AGRANA-Konzern gerade diese forcieren möchte. Im Wesentlichen jedoch gelingt es, eine einheitliche Interessensposition zu suggerieren. Gerade an diesem Punkt gilt es kritisch einzuhaken: Denn die hegemoniale Position von Raiffeisen in Österreich rührt vor allem daher, dass sie den einfachen Kund*innen und Genossenschaftler*innen erfolgreich suggeriert, dass ihre Interessen deckungsgleich sind mit denen des Konzerns. Ob Rübenbauer*innen und AGRANA, oder Raiffeisen-gesponsorte Volksschulen und die RBI, die Logik ist immer die gleiche: Regionalität, ökologische Verantwortung und „der Mensch im Mittelpunkt“ werden propagiert, internationale Finanzspekulation, Beteiligung am Bau von Atomkraftwerken und undemokratische Machterhaltungspolitik werden praktiziert.

Die Genossenschaft spekuliert

So ist es auch kein Zufall, dass die genossenschaftliche Ebene spätestens dann verlassen wird, wenn sich der Gesamtkonzern dem zuwendet, was er am besten kann: Profite machen. Die Aktivitäten von Raiffeisen auf den internationalen Finanzmärkten wären einen eigenen Artikel wert,



an dieser Stelle soll lediglich exemplarisch auf zwei besonders pikante Vorgänge in letzter Zeit hingewiesen werden, nämlich das Raiffeisen-Engagement in (Süd-)Osteuropa und der Skandal um die Verluste mit den sogenannten „geschlossenen Schiffahrtssfonds“.

Noch 2005 verkündete der ehemalige Ex-Generaldirektor der Raiffeisenbank International, Herbert Stepic – er stolperte später über einen privaten „Immobilien-deal“ – stolz: „In Südosteuropa sind wir klarer Marktführer“. Raiffeisen war bereits vor 1989 in Osteuropa aktiv und nützte die geografisch günstige Lage für eine massive Expansion in die ex-staatssozialistischen Länder. Noch zu Beginn der Krise 2008 antwortete der damalige RZB-Chef Christian Konrad auf die Frage nach der Krisenanfälligkeit Osteuropas salopp: „Das ist nicht der Fall“. Nun ist der Aktienkurs auf einem historischen Tiefstand und es stellt sich die Frage, wer letztlich die Zeche zahlt, wenn, wie eben gerade, die RBI rund 500 Millionen Euro Verlust in den „Ostgeschäften“ einfährt. Die Hypo lässt grüßen, oder, wie es ein Poster im Online-Standard ausdrückt: „Hallo, ich bin Steuerzahler. Wie kann ich helfen?“

Ein anderes Beispiel sind die (Verlust-) Geschäfte Raiffeisens mit den sogenannten „geschlossenen Fonds“. Raiffeisen bot



tausenden Kund*innen hoch riskante Beteiligungen an Schiffahrtsunternehmen – in dreistelliger Millionenhöhe – an. Mit der Wirtschaftskrise kam allerdings der Bau der riesigen Frachtschiffe ins Stocken, die Kund*innen konnten aus den Fonds jedoch nicht so einfach aussteigen, hohe Verluste waren die Folge. Erst eine medial begleitete Kampagne des Vereins für Konsument*inneninformation hatte ein Vergleichsangebot von Raiffeisen zur Folge. Die Bank hätte ihre Kund*innen viel besser auf das hohe Risiko hinweisen müssen. Und auch hier zeigt sich erneut der Widerspruch zwischen der Propaganda á la „Wir sind für die Region und die Menschen da“ und der harten Realität einer global agierenden Bankengruppe.

Wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Fazit: Die Dominanz Raiffeisens ist das Haupthindernis für eine progressive Transformation – nicht nur der Landwirtschaftspolitik – in Österreich. Die Gründe

*Die Spatzen pfeifen es vom Dach/
Sparen schützt vor Ungemach
(Raiffeisen Werbetext vor 50 Jahren)*

dafür sind ebenso mannigfaltig wie die Aktionsfelder der Giebelkreuzler: Verflechtung von Ökonomie und Politik, Intransparenz und mangelnde demokratische Kontrolle und nicht zuletzt auch die kapitalistische Indienstnahme des an sich so wichtigen Genossenschaftsgedankens als Alternative zu wachstums- und profitorientiertem Wirtschaften. Ob nun primär innerhalb der von Raiffeisen dominierten Strukturen Gegenmacht entwickelt werden soll, oder der Fokus eher auf den Aufbau eigener Institutionen gelegt werden sollte, möchte ich an dieser Stelle nicht entscheiden. Notwendig ist letztlich sicher beides.

*Martin Birkner
ist politischer Theoretiker und Praktiker.
Er lebt in Wien und im Südburgenland.*



ALLES, WAS RECHT IST!

Eine Wahl, bei der schon vorher feststeht, wer nachher das Sagen hat. So stellt sich für viele die Landwirtschaftskammerwahl dar. Ist das Wahlrecht schuld daran, dass außer dem Bauernbund keine Fraktion die Chance hat, die Agrarpolitik ernsthaft zu gestalten? In der Agraropposition mehren sich jedenfalls die Stimmen, die fordern, dass das Wahlrecht für die Vollversammlung der Landwirtschaftskammern neu gestaltet werden sollte.

VON JUDITH MOSER-HOFSTADLER



Die erste schwierige Sache ist, dass das Wahlrecht für die Landwirtschaftskammern in jedem Bundesland anders gestaltet ist, weil die Länder dafür zuständig sind. In der österreichischen Verfassung sind die Kammern eindeutig von den Bundesagenden ausgenommen. Neugestalten kann das System also nur der jeweilige Landtag mit seinen Möglichkeiten, Gesetze zu ändern.

In Gallneukirchen in Oberösterreich hat die ÖBV Ende Jänner zu einer Diskussionsveranstaltung zum Wahlrecht geladen. Der Leiter der Rechtsabteilung der OÖ Landwirtschaftskammer, Dr. Franz Staudinger, hat eingangs über die Rechtsla-

ge informiert und damit viele neue Fragen aufgeworfen.

Wahlberechtigt in OÖ sind alle Personen ab 18 Jahren, die mindestens 2 ha land- oder forstwirtschaftlich genutzte Fläche besitzen, deren Ehepartner*in und die Übergeber*innen bis an ihr Lebensende. Besitzen mehrere Personen zum Beispiel 2 ha Wald, sind alle Besitzer*innen und deren Ehegatten/gattinnen wahlberechtigt. Lebensgemeinschaften sind ausgenommen. Das ist schon die erste anachronistische Angelegenheit.

Die Vertreter*innen von SPÖ-Bauern, Grünen Bäuerinnen und Bauern, UBV, IG-Milch und ÖBV waren sich einig, dass man das Wahlrecht für Pensionist*innen hinterfragen muss. Auch auf den Höfen ist

es oft so, dass die aktive Generation Entscheidungen treffen muss, die von den Übergeber*innen nicht verstanden werden. Es sind aber nicht alle Übergeber*innen wahlberechtigt. In Oberösterreich verlieren sie das Wahlrecht, wenn sie nicht direkt am Hof wohnen, und dafür ist nicht etwa die Hausnummer ausschlaggebend. Entscheiden darüber, ob ein „Ausnehmerhaus“ zum Betrieb gehört oder nicht, muss die Gemeinde, die das Wählerverzeichnis zu erstellen hat. Das ist im Regelfall jemand vom Gemeindeamt, eventuell Bürgermeister*in, Vertreter*innen der Ortsbauernschaft, also meistens jemand vom Bauernbund.

Das Argument für die Wahlberechtigung für Pensionist*innen lautet: Landwirtschaftliche Betriebe sind Familienbetriebe, die Alten arbeiten mit, solange sie können, warum sollten sie nicht die Standesvertretung wählen? Das ist ein gutes Argument. Doch könnte man hinterfragen, bis wann ein Betrieb ein Familienunternehmen ist. So spricht etwa der Besitzer eines Gutshofes mit 30 Angestellten von seinem Familienbetrieb, während eine Bäuerin mit zwei Angestellten sagt, ihr Betrieb sei kein Familienbetrieb mehr, weil zwei Leute von auswärts mitarbeiten. Was unsere Entscheidungsträger für die bäuerlichen Familienbetriebe tun, wissen wir ja.

Wahlberechtigt sind selbstverständlich auch Verpächter von landwirtschaftlichem Grund. Und die Übergeber*innen des verpachteten Grundes. Es kann dann vorkommen, dass sechs Personen wahlberechtigt sind, von denen zum Beispiel vier überhaupt nie in der Landwirtschaft tätig waren, weil schon die Großelterngeneration mit dem Bewirtschaften der Flächen aufgehört hat und diese verpachtet hat. Das ist kein fiktives Beispiel.

Vielleicht liegt das Dilemma aber bereits vor dem Wahlrecht. Angeblich weiß die Landwirtschaftskammer OÖ nicht, wie viele Mitglieder sie hat. Es gibt ja keine Meldepflicht wie etwa bei Gewerbetreibenden. Die für das Wählerverzeichnis Zuständigen entscheiden, wer auf die Liste kommt und wer gestrichen wird. Zieht eine Frau auf einen Hof, darf sie wählen, sobald die Gemeinde merkt, dass sie den Bauern geheiratet hat. Notfalls müssen die Ersteller anrufen, ob nun der 17jährige Sohn hauptberuflich am Hof arbeitet oder anderswo eine Lehre absolviert. Dann ist er nämlich nicht wahlberechtigt, weil er Schüler oder Lehrling ist. Die Hofnachfolgerin könnte auch Studentin sein oder der Erbe Zivildienstler oder beim Bundesheer. Sie sind alle nicht wahlberechtigt, auch wenn sie genauso viel mitarbeiten wie der

Großvater oder die Großmutter und in ein paar Jahren selbst Entscheidungen treffen sollen.

„Die Landwirtschaftskammer könnte uns auch wurscht sein, weil die agrarpolitischen Entscheidungen ja in Brüssel getroffen werden“, hört man immer wieder sagen. So weit weg ist Brüssel aber nicht. Aktuell wird über das Freihandelsabkommen TTIP verhandelt. Die offizielle Interessensvertretung der Bäuerinnen und Bauern, COPA, darf mitverhandeln. Für Österreich ist in diesem Dachverband die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern vertreten. Sie ist als Verein organisiert, weil es keine Bundes-Landwirtschaftskammer gibt, weil die in der Verfassung halt nicht vorgesehen ist. Vertreten in dieser sogenannten „Präsidentenkonferenz“ sind die Präsidenten der Landwirtschaftskammern, der Raiffeisenverband (!) und mit einem Sitz die ARGE Bäuerinnen. Die ARGE Bäuerinnen ist die

größte Bäuerinnen-Organisation in Österreich. 190.000 Mitglieder zählt sie. Die meisten Bäuerinnen wissen gar nicht, dass sie dazugehören. In manchen Bundesländern gibt es auch keine Einzelmitgliedschaften. Die ARGE Bäuerinnen ist in den Gemeinden aktiv. Den Vorsitz hat die jeweilige Ortsbäuerin, und zumindest in Oberösterreich ist es so, dass eine Bäuerin nur dann Ortsbäuerin werden kann, wenn sie dem Bauernbund beitrifft, denn besetzt wird nach dem Ergebnis zur Kammerwahl. „Ab der Ortsbäuerin ist das eine politische Funktion“, heißt das ganz unverhohlen aus dem Mund einer Funktionärin. Die ÖVP schafft es mit ihrem Bundesystem, Mitglieder zu lukrieren, ohne dass diese merken, dass sie das werden. Wenn also schon die Ortsbäuerin beim Bauernbund dabei sein muss, ist es wohl oder übel die Bezirksbäuerin auch, denn sie wird aus diesen Reihen gewählt. Es folgen die Landesbäuerin und die Bundesbäuerin und da-

mit sind wir wieder beim Sitz in der „Präsidentenkonferenz“. Ein weiterer Sitz für den schwarzen Agrarblock.

Es stimmt nicht, dass die anderen Parteien das Landwirtschaftskammer-Wahlrecht und die Mitglieder-Bestimmung der Kammer nicht beeinflussen können. Sie sind in allen Landtagen vertreten und könnten das Thema zumindest auf die Tagesordnung bringen. Das Problem ist, dass eine Hand die andere wäscht und so eine Landesregierung immer wieder Koalitionen braucht.

Unter dem Motto „Nach der Wahl ist vor der Wahl“ werden wir unseren (Agrar-) Politiker*innen wohl noch lange genau auf die Finger und auf den Mund schauen müssen.

*Judith Moser-Hofstadler
ist Biobäuerin in Alberndorf in der Riedmark
und Mitglied im ÖBV-Vorstand*

KONTAKTADRESSEN

NIEDERÖSTERREICH

Redaktion: Monika Gruber
Röhrenbach 5, 3203 Rabenstein
Tel.: 02723-2157
monika.gruber@gmx.at

Maria und Franz Vogt
Hauptstr. 36, 2120 Obersdorf
Tel.: 02245-5153
maria.vogt@tele2.at

SALZBURG

Rosalie Hötzer
Sauerfeld 40, 5580 Tamsweg
06474-8164
trimmingerhof@aon.at

VORARLBERG

Irene Schneller
Brunnenfeld 21, 6700 Bludenz
Tel.: 05552-32 849
irene.schneller@cable.vol.at

TIROL

Christoph Astner
Zillfeldgweg 9, 6362 Kelchsau
0664-24 60 925
astner.zillin@hotmail.com

OBERÖSTERREICH

Lisa Hofer-Falkinger
Eckersberg 1, 4122 Arnreit
Tel.: 07282-7172
lisa_hannes_hofer@yahoo.de

Christine Pichler-Brix
Berg 1, 4853 Steinbach am Attersee
Tel.: 07663-660
christine.pichler-brix@gmx.at

Judith und Hannes Moser-Hofstadler
Hammerleitenweg 2, 4211 Alberndorf
Tel.: 07235-71 277 o. 0664-503 90 77
juha.hofstadler@aon.at bzw.
judith.moser-hofstadler@gmx.at

Josef Wakolbinger
Hundsorf 2, 4084 St. Agatha
Tel.: 07277-8279
sepp.wakolbinger@aon.at

STEIERMARK

Florian Walter
Offenburg 20, 8761 Pols
Tel.: 03579-8037
aon.913999714@aon.at

KÄRNTEN

Michael Kerschbaumer
Laufenberg 15, 9545 Radenthein
Tel.: 04246-31052
forum@kritische-tierhalter.at

Heike Schiebeck
Lobnik 16, 9135 Eisenkappel
Tel.: 04238-8705
heike.schiebeck@gmx.at

BURGENLAND

David Jelinek
Berggasse 26
7302 Nikitsch
david.jelinek@viacampesina.at

Irmi Salzer
Untere Bergen 2, 7532 Litzelsdorf
Tel.: 0699-11827634
irmi.salzer@qmx.at



SINN STATT GEWINN!

„Das Ziel von Landwirtschaft ist letztendlich nicht der Anbau von Pflanzen, sondern die Kultivierung und Vervollkommnung des Menschen“ (Masanobu Fukuoka). Ein Erfahrungsbericht über das Denken in Geldkategorien.

VON STEFAN ORTMAYR



Foto: Stefan Ortmayr

Im Jahr 2013 erwarb ich einige kleine landwirtschaftlich gewidmete Grundstücke (ca. 3.000m²) im Grüngürtel der Stadt Linz. Natürlich zu einem zu hohen Preis, weil in dieser besten Randlage der Stadt Spekulation ob der Widmung zwar keinen Sinn macht, jedoch dies für einige Menschen kein Hindernis darstellt, es doch zu probieren und somit das Preisniveau insgesamt relativ hoch ausfällt.

Zu meiner Verwunderung erhielt ich im darauffolgenden Jahr einen Einheitswertbescheid, der meine Grundstücke als „unbebaute Baugrundstücke“ einstufte.

Ich berief gegen diesen Bescheid, nicht weil mich die paar Euros Grundsteuer schmerzten, sondern weil ich mein Bemühen um diesen Flecken Land behördlicherseits nicht wertgeschätzt und überhaupt falsch eingestuft sah. Ich muss dazu sagen, dass es sich um Steillagen handelt, welche zudem jahrzehntelang schon eher verwahrlost waren. Zum Teil wuchs der angrenzende Wald schon auf die Weideflächen

mit Jungbäumen und allerlei dornigem Gewächs. Zu sieb arbeiteten wir zwei Tage nur daran, den Wildwuchs zu beseitigen und teilweise zu kompostieren. Dann begann ich, alte Obstsorten und Sträucher zu setzen. Ich hatte mir schon Böhmisches Waldschaf zugelegt, um die Flächen weiter durch Beweidung freizuhalten. Dazu waren natürlich Zäune und ein Schutz der Jungbäume erforderlich. Jeder, der diese Arbeit schon einmal gemacht hat, weiß, wieviel Aufwand und Mühe dahinter stecken.

Zu meiner besonderen Verärgerung wurde mein Einspruch mit der Begründung abgewiesen, dass ich die Grundstücke für eine Hutweide wesentlich zu teuer gekauft hätte und meine erkennbare Absicht nicht der Erwerb einer zwangsläufig ertragslosen Kleinstlandwirtschaft, sondern die Gewinnung einer Erholungsfläche und allenfalls eine Geldanlage sei.

Ich berief erneut mit einem zweiseitig begründeten Einspruch, machte dabei jedoch den formalen Fehler, dass ich zwar die richtige

Aktenzahl meines Bescheides anführte, aber im Betreff das falsche Wort (Grundsteuermessbescheid anstatt Feststellungsbescheid) verwendete, obwohl aus meiner ausführlichen Begründung eindeutig herauszulesen war, worum es mir eigentlich ging.

Ich bin eben nur Bauer und kein studierter Jurist!

Ich erhielt Monate später eine Beschwerdeentscheidung, in welcher in keiner Weise auf meine Argumentation eingegangen wurde, sondern nur der Einspruch formal abgelehnt wurde. Bei einem Anruf wurde mir weiters vom zuständigen Beamten gesagt, dass jetzt überdies die Frist für einen weiteren Einspruch abgelaufen sei.

Ein anderer netter Beamter erklärte mir dann irgendwann, wie ich weiter vorgehen könnte.

Ich stellte einen Antrag auf Neuaufrollung des Feststellungsbescheides, weil dieser unter Heranziehung falscher Tatsachen erstellt worden war.

Sechs Monate später erhielt ich einen neuen Einheitswertbescheid mit der lapidaren Begründung, dass bei den gegenständlichen Grundstücken ein landwirtschaftlicher Hauptzweck gegeben sei.

Natürlich habe ich mich über meinen Erfolg sehr gefreut. Aber eigentlich wäre es mir lieber gewesen, wenn der zuständige Beamte einmal seinen Schreibtisch verlassen hätte und mir den richtigen Einheitswert nach einem Gespräch und einem Augenschein aufgrund einer Einsicht in mein wirkliches Bemühen zuerkannt hätte.

Es zeigt dieser Vorgang eben nur, wie weit viele Menschen von dem entfernt sind, was uns letztendlich alle ernährt und wie weit das Denken in Geldkategorien sich dabei verfestigt hat.

Ortmayr Stefan ist tätig und weiß, dass aus der Anstrengung die Kraft erwächst

AMA – ANGST MACHT ABHÄNGIG

Vor-Ort-Kontrollen der AMA auf den Höfen erfreuen sich geringer Beliebtheit. Manche berichten von Schikanen, die die AMA als Behörde aber vehement zurückweist. Sie weist vielmehr darauf hin, die AMA sei lediglich eine Abwicklungs- und Zahlstelle für alle EU-Marktordnungen und müsse deshalb auch EU-konform handeln. Das heißt, die AMA (und ihre Kontrolleure) erfülle(n) nur ihre gesetzliche Pflicht: „Verwaltungskontrollen bei allen Empfängern und jährliche Vor-Ort-Kontrollen bei mindestens 5 % der Empfänger“, wie das in der Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament vom 26. Mai 2010 lautet.

Männlich

Lesen wir auf der Homepage der Europäischen Union nach, finden wir das Motto: „In Frieden geeint“. Es soll deutlich machen, „dass sich die Europäer in der EU zusammengeslossen haben, um sich gemeinsam für Frieden und Wohlstand einzusetzen.“ Als Instrumente für dieses Ansinnen benutzt die EU-Kommission drei Säulen: den Haushalt, die spezifischen Rechtsvorschriften für die Geldverteilung (Ausgaben des EU-Haushalts) und die Kontrollkette, um das Fehlerrisiko gering zu halten. Geld, Macht und Kontrolle, das sind Elemente der Machtausübung. Diese gelten ebenso wie übertriebene Autoritätsansprüche als Ausdrucksformen sozial konstruierter Geschlechteridentität des Mannes.

In autobiografischen Notizen und Analysen, die Erica Fischer in ihrem Buch „mannhaft“¹ sammelte, berichten Männer über ihre geschlechtliche Identität. Geld spielt eine wesentliche Rolle. Als Mann ohne Geld empfindet er sich bald als wertlos. Als Nichts. Als richtiger Mann fühlt er sich, wenn er über (genügend) Geld verfügen kann. Das bedeute, Macht auszuüben über Situationen oder Personen. Zum Beispiel: Einer Frau etwas bieten zu können oder eine Person nach den eigenen Wünschen gefügig zu machen, meinen viele Männer dem Besitz von Geld zu verdanken. Geld erlaube eine gewisse Macht und Kontrol-

le über die eigene Identität als Mann. Treffen diese Männer auf Frauen, die selbst über eigenes Einkommen verfügen und eigenständig agieren, taucht schnell die Angst auf, nicht gut genug zu sein als Mann. Angst, zu versagen oder Gefühle von Zurückweisung werden spürbar. – An diesem Punkt verstehe ich, weshalb bis dato die enorme Ungleichheit zwischen den Löhnen von Frauen und Männern wie zementiert erscheint.

Alle von Fischer interviewten Männer berichten von inneren Konflikten durch emotionalen Missbrauch des Vaters während ihrer Kindheit. Sie spürten, wie der Vater durch sein Verhalten emotionalen Druck ausübte auf die Mutter, die Geschwister oder auf sie selbst. Sie geben an, später als Jugendliche selbst Distanz und Macht gesucht zu haben. Sowohl privat wie auch beruflich strebten sie eine Rolle oder Position an, in der sie einerseits Nähe vermeiden und andererseits eine gewisse Macht über andere ausüben konnten. Sie betrachten dies als Ausgleich für die erlittene Unterdrückung oder Zurückweisung in der Kindheit.

Macht halten, Macht ausbauen

Die Europäische Union definiert sich selbst als wichtige Handelsmacht. Geprägt von der Idee des Freihandels und des fortgesetzten Wachstums. Dahinter lassen sich Ideale männlicher Geschlechteridentität, das frei Handeln können („tun was ich will“) und die Zunahme von Machtmöglichkeiten („erfolgreich erobern“) erahnen. Mit den installierten Gesetzen ermöglichen es sich EU und AMA ganz legal, sich als zentrale Geldverteilungsstellen zu betätigen, also Macht und Kontrolle auszuüben: Geld darf nur dann aus dem Haushalt der EU zurück zu den Menschen fließen, wenn sie sich den entsprechenden Gesetzen und deren Kontrollen unterwerfen. Hier schließt sich der Kreis, bei dem z. B. in Österreich die AMA ihre Kontrollfunktion ausübt. Der Psychotherapeut Christophe André² schreibt: „Die Angst

¹ Fischer, Erica: mannhaft. Vernehmungen einer Feministin zum großen Unterschied. Kiwi 1987

² André, Christopher: Die Launen der Seele. Aufbau Verlag 2012

Spielt der geschlechtliche Unterschied zwischen Mann und Frau eine wesentliche Rolle in der Agrarpolitik? Stecken unter dem Deckmantel von Agrarpolitik und AMA, der staatlichen Behörde und zentralen Zahlstelle für die Förderabwicklung, unbewältigte Beziehungskonflikte und Ängste? Versuchen Männer diese durch Machtausübung unter Kontrolle zu halten? Ein Blick hinter die Kulissen.

VON MONIKA GRUBER



Ansteckbutton beim Tomorrow Festival 2014 in Zwentendorf von animal-spirit.at

versteht es großartig, sich als beste Freundin zu zeigen, nämlich als Vorsicht und Wachsamkeit.“

Das Denken der Politiker in Europa scheint davon getrieben zu sein, Frieden lasse sich vor allem durch Gesetze und durch Kontrolle (z. B. des weiblichen Körpers in der Medizin, der agrarischen Ressourcen, der Tierzucht usw.) schaffen und erhalten. Dieses Kontrolldenken erinnert stark an die Ursprünge der EG, dem Vorläufer der EU. Robert Schumann, damals französischer Außenminister, gilt als einer der Gründerväter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EG), er kündigte am 9. Mai 1950 den Schumann-Plan an. Dieses Datum



Foto: Michael Kerschbaumer

gilt heute als Geburtsstunde der Europäischen Union. Schuhmann hatte eine gemeinsame Kontrolle der Produktion von Kohle und Stahl vorgeschlagen. Er war nach den Erfahrungen der Kriegsindustrie des zweiten Weltkriegs davon überzeugt, nur so könne ein neuer Krieg verhindert werden. Seinem Standpunkt schlossen sich Staatsmänner anderer Länder an. Dieses Denken scheint von Angst und Misstrauen geprägt zu sein: Hinter dem Schuhmann-Plan scheint die Befürchtung zu stecken, nicht einmal seinen eigenen Geschlechtsgenossen trauen zu können, friedvolle Absichten zu hegen.

In der existentiellen Psychotherapie wiesen Wissenschaftler nach, dass Besorgtheit eine Form des Vermeidens von Angst ist. Dies wurde im Elektroenzephalogramm oder bei der Messung der Herzfrequenz sichtbar. Sorge bewirkt in unserem Körper eine geringere Aktivierung der Angstbilder, die unser Geist produziert, wenn er beunruhigt ist. „Sorge ist in gewisser Weise eine Methode, die heftigsten Ängste zu verdünnen, um sie dann leichter verdauen zu können“, schreibt André.

Männerbund AMA und EU

Bei beiden Institutionen ist nie von Gründermüttern die Rede. Frauen scheinen gar nicht auf. Die Wissenschaftlerin Dagmar Herzog³ erforschte Zusammenhänge zwischen Sexualität, männlicher Identität und der Politik des 20. Jahrhunderts. Sie führt in ihrem Buch an, sexuelle Beziehungen wirken zurück auf die Ideologien und die Politik, die (Frauen und) Männer in ihren Ämtern betreiben.

Blicken wir in der Geschichte in die 1990er Jahre, offenbart sich, wie eng der EU-Beitritt Österreichs und die Gründung der AMA als Behörde miteinander verknüpft sind. Erste Diskussionen über einen möglichen EU-Beitritt Österreichs entflammten bereits in den 1980er Jahren. 1992 entschieden sich Landwirtschaftsminister Fischler und die Sozialpartner für ein Modell mit zentraler Zahlstelle wie in Dänemark oder Schweden. Das vorgeschlagene französische Modell, das auf mehreren Auszahlungsstellen beruht, lehnten sie ab. Zugleich arbeiteten der Landwirtschaftsminister und die

³ Herzog, Dagmar (Hrsg.): *Brutality and Desire. War and Sexuality in Europe's Twentieth Century*. Houndmills 2009

Sozialpartner das AMA-Gesetz aus. Der Nationalrat beschloss es 1992. Die AMA nahm am 1. Juli 1993 ihre Tätigkeit als Behörde auf. – Ein Instrument, mit dem man gesetzeskonform Macht und Kontrolle ausüben kann.

1993 verhandelte die Regierung auch über den Beitritt zur EU. 1994 unterzeichnete Bundeskanzler Vranitzky den Beitrittsvertrag, der am 1. Jänner 1995 in Kraft trat. Zu diesem Zeitpunkt war die AMA bereits als „EU-konforme, moderne und dienstleistungsorientierte Marktordnungsstelle“ konzipiert, wie sie sich selbst in Presseaussendungen darstellt.

Der Psychotherapeut Christopher André beschreibt in seinem Buch „Die Launen der Seele“: Menschen, die von Angst oder ängstlicher Stimmung getrieben sind, neigen dazu, intolerant zu sein gegenüber anderen Betrachtungsweisen der Welt. „Man sieht andere Menschen nur noch als Personen, denen etwas fehlt, beispielsweise Klarheit oder Intelligenz, oder die einfach zu blöd sind, den wahren Lauf der Welt zu erkennen. Wenn unsere Ängste oder Beunruhigungen uns fest im Griff haben, leiden wir an einem Überlegenheitskomplex.“

Die AMA wurde ausgestattet mit zahlreichen Machtbefugnissen, verschleiern als Aufgaben bezeichnet:

- Abwicklung der Marktordnung
- Zentrale Markt- und Preisberichterstattung
- Gesamte Förderabwicklung
- Agrarmarketing
- Maßnahmen zur Qualitätssicherung
- Quoten- und Lizenzverwaltung

Erst die rasante Entwicklung der Informationstechnologie, eine Männerdomäne, ermöglicht es, diese weit reichenden Befugnisse auszuüben. So rüstete sich die AMA mittels Computer und Software auf die zu erfassenden Datenmengen. Damit schaltet und waltet sie als Behörde – dank AMA-Gesetz – über die Landwirtschaft in Österreich. Hunderttausende Bauern und Bäuerinnen müssen Anträge stellen, die die AMA zu 100 % verwaltet: Prämienanträge für Tiere und für Flächen, Milch-

quotenmeldungen und -anträge, Meldungen für den Tierbestand und die Tierkennzeichnung, Landschaftselemente und andere.

Ich zitiere nochmals Christopher André: „Unter dem Einfluss der Angst kleben wir an Katastrophenszenarios. Jede nicht hundertprozentig kontrollierte Situation würde in einer Katastrophe münden!“

Um solche enormen Datenmengen überhaupt erfassen und verwalten zu können, und um die Zahlungen an die Bauern und Bäuerinnen „EU-konform“ zu kontrollieren, kaufte die Behörde vom US-amerikanischen Unternehmen SAS die entsprechende Software an. SAS ist ein Unternehmen, das 1976 gegründet wurde und das bis dahin US-Agrardaten analysierte. Heute zählt SAS weltweit 75.000 Pharmazieunternehmen, Banken, Akademien und Behörden zu seinem Kundenkreis.

In fast jedem bäuerlichen Haushalt wurde unter anderem deshalb ein PC angeschafft, um mit der AMA „kommunizieren“ zu können. Diejenigen, die mit der AMA noch nicht online vernetzt sind, sollen neuerdings durch ein



Foto: Christine Leeb

kostenpflichtiges „Service“ der BBK gefügig gemacht werden.

Viele interessiert brennend, wie die Betriebe für eine Vor-Ort-Kontrolle ausgewählt wer-

den. Diese ermittelt die AMA mit der SAS-Software. Dabei erfasst die Behörde die Daten vom Mehrfachantrag und stellt sie zusammen mit den Berechnungsdaten der EDV für die Analyse zur Verfügung. Diese Daten werden dann in das SAS Miner System eingelesen, und die Behörde ermittelt anhand von verschiedenen Modellen (neuronaales Netz, Entscheidungsbaum, Regressionsanalyse) einen Wahrscheinlichkeitswert pro Betrieb. Danach schwirren die Damen und Herren vom Technischen Prüfdienst aus zu den Vor-Ort-Kontrollen. Wo die Beamten der AMA mit ihren Laptops EU-konform ihre Pflicht tun. – Ein technologisches System, in das die Behörde die Landwirtschaft presst. Es wirkt entfremdend, Mensch und Natur sind nachrangig, Formulare und Zahlen vorrangig. Und es schafft Abhängigkeiten im Fördersystem, die an emotionalen Missbrauch grenzen.

*Monika Gruber
Biobäuerin im Mostviertel*

BÄUERINNENKABARETT „DIE MISTSTÜCKE“

Do, 19. März, 20:30

Gasthaus Schiefer

Veranstaltung des Maschinenrings, 4202 Kirchsschlag

Kontakt 07262/53404

Fr, 20. März 2015, 20.00

St. Andrä Wördern, Musikschulsaal

Kartenvorverkauf bei KreaMont, Lehnerg. 17

und am Gemeindeamt St. Andrä-Wördern



STARKREGEN

Was die Nichtauszahlung der Mutterkuhprämie mit den EURATOM-Verträgen zu tun hat. Ein Erfahrungsbericht aus dem Leben eines AMA-Klienten.

VON FLORIAN WALTER



Keine Alm ohne Obmann! Irgendjemand muss ja verantwortlich sein und für alles gerade stehen.

Da wir keine eigene Alm besitzen, nutzen wir die Möglichkeit „aufzuzinsen“, das heißt wir treiben unsere Tiere auf jene Alm, für welche „unser Obmann“ ein Weiderecht besitzt und entschädigen ihn dafür vereinbarungsgemäß. Wir haben Glück mit unserem Obmann, er ist ein ganz netter. Er ist immer da, wenn wir ihn brauchen und zu ihm hat sich im Laufe der Zeit eine freundschaftliche Beziehung entwickelt. Zu den Pflichten eines Obmannes gehört es gewöhnlich auch, die Ohrmar-

kennnummern der aufgetriebenen Tiere fristgerecht an die Agrar Markt Austria (AMA) zu schicken.

Almromantik
Möchten
Alle

2012 war aber kein gewöhnlicher Sommer und es war auch ein sehr ungewöhnlicher Almauftrieb ... denn der Tauernbach hatte gerade die Triebener Tauernstraße an mehreren Stellen weggerissen, eine gewaltige Mure hatte den darunterliegenden Ort verwüstet und Hohentauern, der damalige

Aufenthaltort unserer Rinder, war immer wieder von der Außenwelt abgeschnitten. Es gab kein Internet, die Kinder hatten schulfrei und auch der Mobilfunk funktionierte nur sporadisch.

Wir nutzten eine kleine Pause zwischen zwei „Starkregenereignissen“, um die Rinderherde durch die Furt im hochwasserführenden Wirtsalmbach treiben zu können. Der Weg zur Alm war bereits an unzähligen Stellen vermurt, umgestürzte Bäume überall. Nicht nur die Rinder hatten Panik, als sie bis zum Bauch im Murenschlamm versanken. Ich musste sie hektisch weitertreiben – nur nicht stehen bleiben – denn sie wären wahrscheinlich im tiefen Schlamm stecken geblieben. Nach diesem unkonventionellen Almauftrieb war der Zufahrtsweg den ganzen Sommer über abgerutscht und unpassierbar und die Alm nur über einen schmalen Steig zu Fuß erreichbar.

Ich weiß nicht, ob diese unvorhergesehenen „Starkregenereignisse“ unseren Obmann an anderes denken ließen bzw. ob die Post nach den Unwettern länger brauchte als normal. Tatsache ist, dass er die „individuellen Rinderkennzeichnungsnummern“ nach erfolgtem Almauftrieb an die AMA melden muss, sie dort aber angeblich nicht rechtzeitig eintrafen¹. Und dann heißt es: Pech gehabt, Streichung der Mutterkuhprämie (MKP)²!

Auslöffeln
Müssens
Andere

¹ Die AMA zählt nicht, wie EU-weit und auch bei Gericht üblich, das fristgerechte Postaufgabedatum als Beleg für rechtzeitiges Verschicken eines Dokumentes, sondern das hausinterne Posteingangsdatum, das von der Dauer des Postweges abhängt und worauf weder der Landwirt noch der Obmann Einfluss haben.

² Diese Fördermaßnahme existierte bis incl. 2014 und wurde im Zuge der Umsetzung der GAP-Reform ersatzlos gestrichen.

Doch Pech für wen? Die Mutterkuhprämie erhielt immer der auftreibende Landwirt und nicht der für den Meldeverzug verantwortliche Almobmann. Es wurde also uns die Prämie gestrichen, womit diese Sanktion, wenn sie nicht ohnehin überflüssig ist, definitiv die Falschen trifft!

„Des gibt's doch net“, dachte ich mir und griff zum Telefon. Allerdings ist laut AMA die fristgerechte Meldung Voraussetzung für die Auszahlung der MKP, unabhängig davon, wer für ein allfälliges Meldevergehen verantwortlich ist. Was dazu führt, dass die Prämienzahlung willkürlich von der fristgerechten Handlung eines Dritten abhängig gemacht wird. Dies widerspricht, so möchte man meinen, der EU-Grundrechtscharta.

Gegen diesen Bescheid ist eine Berufung zulässig ...

Berufungen sind an die AMA zu richten. Die AMA ist jene öffentlich-rechtliche Institution, die den Bauern Förderprogramme anbietet, diese verwaltet und gleichzeitig auch durch Kontrollen für die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen und Auflagen sorgt und im Regelfall auch über Berufungen entscheidet. Eine „one for all“-Institution sozusagen.

Unsere Berufung wurde zuerst verschleppt und nach mehreren Interventionen unsererseits schließlich nach mehr als zwei Jahren auf ministerielle Weisung an das mittlerweile neu gegründete Verwaltungsgericht abgetreten. Dieses entschied dann aalglatt wie folgt:

„... dabei handelt es sich aus Warte des BVwG um nichts Ungewöhnliches. Dass ein Antragsteller für das Verhalten dritter einzustehen haben kann, ist bereits in Artikel 7 der Verordnung EG-EURATOM (Nr. 2988/95) zugrundegelegt und gilt nicht nur für verwaltungsrechtliche Maßnahmen, sondern auch für Sanktionen ...“³

Die Atomlobby lässt grüßen, möchte man meinen. Jedoch geht es in diesem Artikel um Korruptionsbekämpfung – ist doch die Atomlobby selbst ein großer Fördergeldnehmer und potentieller Fördergeldveruntreuer:

Zitat Artikel 7 EURATOM: „Verwaltungsrechtliche Maßnahmen oder Sanktionen der Gemeinschaft können angewandt werden ... gegen natürliche oder juristische Personen sowie sonstige nach dem einzelstaatlichen Recht anerkannte Rechtssubjekte, die eine Unregelmäßigkeit begangen haben. Sie können auch gegenüber Personen verhängt werden, die an der Begehung einer Unregelmäßigkeit mitgewirkt haben, die für eine Unregelmäßigkeit zu haften haben oder die dafür zu sorgen haben, dass sie nicht begangen wird.“

Dass eine Maßnahme, die offensichtlich dazu eingeführt wurde, um auch Chefs oder Schreibtischtäter nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen, einfach umgedreht wird, und nun ich in diesem Zusammenhang vom Richter sozusagen als Rechtssubjekt bezeichnet werde, das Unregelmäßigkeiten begangen habe oder die Möglichkeit gehabt hätte, dafür Sorge zu tragen, dass diese Unregelmäßigkeiten nicht begangen werden, finde ich schon ein starkes Stück!

„Beschwerde abgewiesen – Revision nicht zulässig“

Wir haben nun per Anwalt außerordentliche Revision beantragt – mit wenig Aussicht auf Erfolg. Hinzu kommt, dass der Schaden für uns weitaus größer ist, als wir zuerst angenommen hatten, denn neben dem Ausfallen der MKP verfielen ebenso die Alm-Zahlungsansprüche, die sich auf die Höhe der EBP negativ auswirkten, sowie es reduzierte sich die rechnerische Almfutterfläche, die sich auf die Höhe der AZ auswirkt, insgesamt für uns ein Verlust von mehreren Tausend Euros.

Ein Unglück kommt selten allein

Als sich dasselbe Drama 2014 wiederholte, also eine neuerliche Fristversäumnis des Obmannes wiederum dazu führte, dass zwar unsere Kühe auf der Alm waren, aber das Geld dafür von der AMA zurückgehalten wurde, waren meine Nerven schon ziemlich blank. Zusätzlich war unglücklicherweise 2014 noch dazu jenes Jahr, das als Referenzjahr für die Errechnung der neuen Einheitlichen Betriebsprämie herangezogen wurde. Die Mutterkuhprämie war ja zwischenzeitlich, wie alle anderen produktionsbezogenen Förderungen abgeschafft und in die einheitliche Betriebsprämie eingerechnet worden. In Summe ergibt das nochmals einen Verlust in Höhe der MKP, bezogen auf die kommenden Förderperioden. Dazu wieder die fehlenden Alm-Zahlungsansprüche und weniger AZ. Alles sehr unerfreulich und für uns durchaus existenzbedrohend.

Interessensvertretung ...

In der Not vereinbarte ich einen Termin mit dem Obmann unserer Bezirksbauernkammer und bat ihn um Unterstützung. Das Gespräch mit dem Kammerobmann verlief unerwartet. Ich sollte mich nicht aufregen, das sei kein Fehler im System, sondern meine Schuld, denn ich selbst hätte seiner Meinung nach grob fahrlässig gehandelt, da ich die Tiere wiederholt einem Almobmann anvertraut hätte, der „allen“ als „hoch unzuverlässig“ bekannt sei. Punkt. Ich sollte mich doch in einem Zivilstrafverfahren am Almobmann schadlos halten!

Eine bäuerliche Interessensvertretung, die einen ihrer Klienten dazu auffordert, einen anderen Klienten zu klagen, weil sich das System einfach nicht irren kann? Ich erwiderte spontan: „Dieser Lösungsansatz ist mir zu konfliktuell, ich möchte die Weidemöglichkeit auf der Alm nicht verlieren, auf keinen Fall gerichtlich gegen einen Berufskollegen vorgehen, und ich würde eine

³ Geschäftszahl W118 20011259-1/3E



Foto: Eva Geber

politische Lösung bevorzugen, die nicht nur unseren „Fall“ löst, sondern darauf hinarbeitet, dass so etwas nicht mehr passieren kann!“ Ich schlug außerdem eine schriftliche Eingabe seitens der Kammer an die Schlichtungsstelle im Ministerium vor, um die politisch Verantwortlichen auf den Sachverhalt hinzuweisen und um eine Lösung analog zur Almflächenproblematik einzufordern, was mir unser Kammerobmann auch schlussendlich zusagte!

Zu früh gefreut ...

Monate vergingen und es geschah nichts, eine schriftliche Nachfrage blieb unbeantwortet. Als ich den Kammerobmann bei der Abgabe des MFA zufällig traf, sagte er etwas von schlechtem Gewissen und, dass er die Eingabe mündlich bei einer „Almsitzung“ gemacht habe. Ein Protokoll dieser Sitzung gäbe es nicht. Nichts Schriftliches.

Was tun?

Die Reaktionen meines Bekanntenkreises auf diese Ungerechtigkeiten fallen sehr unterschiedlich aus. Von: „Da werdet ihr sicher Recht bekommen, das kann's doch nicht sein ...“ oder: „... ein paar Geschenke an den Kammerobmann haben noch nie geschadet, sorg doch dafür, dass er an dich denkt ...“ oder: „Geh zur Partei, die können das richten ...“ bis zu: „Da kann

man nichts machen, die sitzen immer am längeren Ast ...“ gehen die gut gemeinten Tipps. Ein Angestellter der AMA versicherte mir, dass es zahlreiche ähnlich gelagerte Fälle gäbe, wir sollten uns doch organisieren ... Namen dürfe er aber nicht nennen ...

Es scheint in diesem Fall so zu sein, dass die AMA tatsächlich sämtliche auch für professionelle Juristen schwer verständliche und nachvollziehbare Verordnungen des gemeinschaftlichen Agrarrechts eingehalten hat. Vorzuwerfen ist der AMA jedoch, dass ihr das Problem seit langem bekannt ist und dass sie nichts dazu getan hat, um diese unfaire Strafpraxis aufzuzeigen und zu beheben. Für viele Bäuer*innen entwickelt sich die AMA daher immer mehr zum Feindbild. Der Vorwurf sollte aber eigentlich an die Parteipolitik gehen, die diese Mega-Institution geschaffen hat. Eine Stelle für alles, die gleichzeitig berät, Geld auszahlt, kontrolliert, sanktioniert, füttert und straft widerspricht doch den rechtstaatlichen Grundsätzen der Gewaltentrennung.

Wer kennt nicht dieses mulmige Gefühl im Bauch,

- wenn sich ein unbekanntes Auto dem Hofbereich nähert? Kontrolle?
- wenn man fürchtet: Irgendwas finden die immer!

- wenn man zweifelt, auf welcher Seite die bäuerliche Interessensvertretung steht?

... dann macht sich auch bei mir als Bauer dieses absolute Ohnmachtsgefühl breit und das Wissen: Selbst mit Anwalt geht oft nix.

Die Zustimmung der österreichischen Bäuer*innen zum EU-Beitritt wurde im Abstimmungsjahr dadurch „erkauft“, dass ihnen ein Rechtsanspruch auf direkte Ausgleichszahlungen zugesagt wurde. Sinnvoller als Marktpreisstützungen sei es, den Bäuer*innen das Geld direkt auszubehalten. Vorteil: Weniger Überschussproduktion durch weniger Produktivitätszwang, Geld kommt direkt den Höfen zugute. Von diesem „Rechtsanspruch“ ist heute nicht mehr viel übrig, es werden „Leistungen“ abgegolten, und was als Leistung zu verstehen ist, definiert die jeweilige Elite. Deshalb ist es notwendiger denn je, mit der ÖBV eine agrarpolitische Gegenmacht aufzubauen, um nicht im Starkregen der politischen Willkür stehengelassen zu werden ...⁴

*Florian Walter, „Geigerbauer“,
zweckdienliche Hinweise bitte an:
florian.walter@viacampesina.at*

⁴ Unvergesslich der Ausspruch von Finanzministerin Maria Fekter am 13.8.2013 angesichts der katastrophalen Dürrekatastrophe: „... dürfen unsere Bauern nicht im Regen stehen lassen!“

SYSTEMOPFER

Für diese Zeitungsausgabe habe ich mir gedacht, ich suche einen besonderen Härtefall des heimischen Agrarsystems. Lange habe ich dafür nicht suchen müssen, und weit bin ich auch nicht gekommen.

In den letzten 10 Jahren ging ein Name in der Kärntner Brillenschafzucht durch die Runde – der von Eveline Hinteregger. Ihre Zuchtböcke erzielten die höchsten Versteigerungspreise! Nun stellt man sich bei solchen Erfolgen immer recht intensiv wirtschaftende Betriebe dahinter vor. Nicht so bei den Hintereggers. Der extrem steile Betrieb mit 15 Brillenschafen, mit ca. 3 ha Grünland und über 380 BHK-Punkten setzt bei den Tieren auf gutes Heu und eine gute Mensch-Tier-Beziehung.

Im perfekten Büro der Gewerbebuchhalterin zeigt sie mir die drei Ordner vollgefüllt mit Mahnungen, Rechnungen, Forderungen, ... der AMA und die Korrespondenz mit dem Ministerium und der AMA.

Alles begann im Juni 2012. Da beschloss Eveline mit ihrem Lebensgefährten, den Weg zur Hutweide etwas zu verbreitern. Bis dahin war es nur schwer möglich, mit einer Schubkarre nach hinten zu kommen.

Also etwas verbreitern, so dass man auch gegebenenfalls mit dem Traktor nach hinten kam, um zu schwenden und Brennholz zu machen.

Gesagt, getan. Als ein Bagger eine kleine Fläche ebnete, um eine neue Heuballenhütte zu bauen, wurde gleich mit dem Aushubmaterial der bestehende Fußweg auf einer Länge von circa 100 m ein wenig verbreitert. Im Zuge dessen wurde auch gleich etwas geschwendet, um der Verbuchung entgegenzuwirken. Ein Zaun wurde erneuert und dann gleich gemistet und eingesät, damit alles schön nachwächst. Schon im Herbst darauf ist das kurze Wegstück wieder angewachsen, die Schafe ha-

Wie viel kostet ein Höhenmeter? Wie steil können Schafe weiden? Und: Kann man Rückforderungen der AMA auch per Zahlungsraten begleichen?

VON MICHAEL KERSCHBAUMER



ben dadurch mehr Futter, die Weide mehr Licht durchs Schwenden, kurzum: Die Schafe fühlen sich wohler. Und auch deren Besitzer – wäre da nicht während der Arbeiten eine AMA Vor-Ort-Kontrolle gekommen!

Eine folgenschwere Kontrolle

„Am 11. Juni ist er gekommen ...“, erinnert sich Eveline genau. „Und da begann die ganze Sache – diese Kontrolle hat alles ins Rollen gebracht.“ Und tatsächlich ist der Rechtsstreit bis heute am Laufen. „Der hat die Weg-Fläche rausgenommen, und daraufhin ist 14 Tage später eine Frau gekommen mit einem GPS-Rucksack und hat alles nochmals vermessen.“

Eveline erzählt mir, in welchem Zustand der Hof war, als sie ihn übernommen hatten. Wie viele Zäune zu errichten waren, der Weg mit Steinschlichtungen instand gehalten, Bergmaschinen gekauft werden mussten, und das alles neben den Berufen, die die beiden auswärts ausübten.

Bei der zweiten Kontrolle hat die Kontrolleurin eine Fläche rausgezeichnet, da

ihr diese zu steil für Schafe vorgekommen ist. „Aber die gingen da immer und hatten auch zu fressen“, meint Eveline verwundert. „Es wurde auch ein Teil einer anderen steilen Weidefläche rausgenommen, der händisch gemäht wurde und zu einer Sperrfläche erklärt!“ Aus geographischen Gründen haben die Besitzer den Zaun etwas nach oben versetzt und darunter gemäht. Aber jetzt: Sperrfläche. Und dadurch kam es rückwirkend in den Jahren 2009 und 2010 zu einer Abweichung von über 20 %. „Bei unserem kleinen Hof wirkt sich jeder Meter aus!“

Aber es ging noch weiter. Im Mehrfachantrag wurde die Hofstelle auf 1.200 m festgelegt. Achtung: nicht von den Besitzern! Bei dieser Überprüfung wurden aber nur 1.199 m festgestellt. Eveline zeigte mir die Karte, auf der die 1.200 m-Höhenlinie rot eingezeichnet wurde – die Linie geht zwei bis drei Meter neben dem vom Kontrolleur gesetzten Punkt her. Die Hofstelle ist ein dehnbarer Begriff. Würde man einen Umkreis von zehn Metern nehmen und dort den Punkt individuell einsetzen,



man würde Abweichungen von einigen Metern erhalten, und würde man unterschiedliche Programme wählen, kämen auch unterschiedliche Ergebnisse raus. Doch die Behörde lässt nur KAGIS zu. Das ist am genauesten. Aber: Derselbe Punkt hat sich auch bei KAGIS gegenüber dem letzten Jahr um fünf Meter verändert!

Dramatische Einbußen

Das alles hat Auswirkungen. Ab 2012 wurden keine Fördergelder mehr ausbezahlt, und für die Jahre davor wurde zurückgefordert. Als sich Eveline einmal ausrechnete, was nun da alles zurückgefordert wurde, traute sie der Zahl nicht. Über Euro 14.000. Darauf rief sie bei der AMA an und fragte: „Und wos mocha jetzt?“ Aber die waren etwas sprachlos.

Auch aus dem Ministerium kam keine Unterstützung. „Das ist zu einem Ping-Pong-Spiel geworden“, sagt Eveline dazu. „Wenn ich wieder einmal an das

Ministerium schreibe, kommt postwendend eine Antwort, ich glaube, die lesen sich das gar nicht mehr durch! Dabei haben wir nix Falsches gemacht. Wäre an diesem Tag dieser Kontrolleur nicht gekommen, wäre wohl nichts passiert. Die Schafe wären glücklich, dass sie durch den neuen Weg mehr zu fressen haben, und wir wären glücklich mit dem neuen Weg. Und dass der Hof jetzt auf 1.199 m ist?“

In der letzten Mahnung zur Restitugung drohte die AMA weitere kostenintensive Verfahren an. „Bevor ich den Exekutor im Haus habe, habe ich die AMA gefragt, ob ich in Ratenzahlung den Betrag abzahlen könne ...“. Nun zahlen die Hinteregger monatlich 100 Euro an die AMA zurück – wofür?

Ja, wofür eigentlich?

Ach ja: für ein nationales System, für das ich mich international schäme!

*Michael Kerschbaumer
Brillenschafzüchterkollege in der
Nachbargemeinde*

DAS POTENTIAL DER VIELFALT

Sich positiv zu entwickeln – trotz widriger Umstände und täglich neuer Herausforderungen – das ist der Balanceakt, den landwirtschaftliche Familienbetriebe in ihrem Lebens- und Arbeitsalltag zu meistern versuchen. Dabei sind sie gefordert, Schocks abzupuffern, sich anzupassen und sich erfolgreich weiterzuentwickeln. Für diese Fähigkeit gibt es schon lange einen Begriff, der aber erst in den letzten Jahren im Kontext der bäuerlichen Landwirtschaft thematisiert wird: Resilienz.

VON AGNES STRAUSS UND IKA DARNHOFER

Im Rahmen des internationalen Forschungsprojektes RETHINK gingen im letzten Jahr 14 Länder in unterschiedlichen Fallstudien u.a. der Frage nach, wie es landwirtschaftlichen Betrieben und dem ländlichen Raum gelingt, resilient zu sein. In der österreichischen Fallstudie von RETHINK widmen sich hierfür Forscherinnen der BOKU dem Bundesland Salzburg. In Salzburg werden annähernd 50 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche biologisch bewirtschaftet, das ist sowohl in Österreich als auch international eine Besonderheit. Die biologische Wirtschaftsweise erfordert nicht nur ein großes Erfahrungswissen zu Boden, Pflanzen und Tieren, sie richtet sich auch nach vier ethischen Grundprinzipien: Gesundheit, Ökologie, Gerechtigkeit und Sorgfalt. Auch wurde der Biolandbau von Landwirt*innen entwickelt und fordert von ihnen auch heute noch ein hohes Ausmaß an Pioniergeist und Autonomie. In diesem spannenden landwirtschaftlichen Umfeld lag der Fokus der Forscherinnen auf den Akteuren und Akteurinnen im ländlichen Raum und hier vor allem auf den Bauern und Bäuerinnen. Durch Interviews auf landwirtschaftlichen Familienbetrieben und Gruppendiskussionen in Workshops bekam das Projektteam Einblick in unterschiedliche Entwicklungen auf den Betrieben und in regionalen Initiativen.

Vielfalt stärkt

Viele Gespräche drehten sich um das Thema Vielfalt, sowohl auf betrieblicher als auch auf regionaler Ebene. Im Konzept zur Resilienz spielt die Vielfalt eine wichtige Rolle, denn sie stärkt die Anpassungs- und die Widerstandsfähigkeit.

Auf betrieblicher Ebene kann sich Vielfalt durch unterschiedliche Einkommensquellen oder verschiedene Vermarktungswege ausdrücken und erlaubt den Familien, flexibel auf unvorhersehbare Veränderungen zu reagieren. Vielfalt nährt die Pufferkapazität des Betriebes und hält einen ‚Plan B‘ bereit. Eine Vielfalt an Interessen, an Informationsquellen und ein Engagement in unterschiedlichen Netzwerken hilft, neue Impulse zu bekommen und dadurch eingefahrene Wege zu verlassen. In den Gesprächen machten viele Bäuerinnen und Bauern aber auch deutlich, dass Vielfalt hohe Anforderungen an die Betriebsführung stellt. Mehrere Standbeine, Einnahmequellen und Tätigkeitsbereiche können schnell zu einer Arbeitsüberlastung führen und Familienmitglieder körperlich, aber vor allem psychisch sehr fordern. Die Gespräche zeigten, dass Vielfalt die Betriebe stärken kann, jedoch bedarf es eines aktiven und reflexiven Umgangs mit Vielfalt. Also gute Managementfähigkeiten der Betriebsleiter*innen, die die Familiensituation und die Arbeitsbelastung im Blick haben, klare Entscheidungen treffen und sich gezielt an Veränderungen anpassen.

Wird Vielfalt nur auf Ebene des Betriebes gesehen, dann geht ihr Potential aber schnell verloren. Es schwingt oft die Angst mit: „Was sollen wir denn noch alles machen?“

Im Rethink-Projekt zeigte sich, dass Vielfalt auch ein Neudenken von Kooperationen, ein Umdenken beim Zusammenarbeiten bedeutet. Für Kooperationen braucht es nicht nur die Vielfalt des einzelnen Betriebes. Je vielfältiger die Betriebe in einer Region sind, umso eher kann sie sich an Änderungen anpassen. Es braucht sie alle: die Spezialisierten, die Diversifizierten, die Großen und die Kleinen, die Haupt- und auch die Nebenerwerbsbetriebe. Denn je mehr unterschiedliche Elemente vorhanden sind, umso mehr Mög-

lichkeiten ergeben sich auch für radikal neue Kombinationen. Je unterschiedlicher die Betriebe, desto mehr Potential für Entwicklungsmöglichkeiten liegt in den Regionen. Und hierbei zeigt sich eine weitere Herausforderung, nämlich jene, mit Vielfalt umgehen zu lernen. Je unterschiedlicher die Betriebe, desto verschiedener auch die Menschen, die sie bewirtschaften. Wie gehen wir mit unterschiedlichen Ideen, Meinungen und Zugängen um? Die Gespräche in den Workshops zeigen, dass fehlende Toleranz (auch innerhalb der Familie) viel Potential im Keim erstickt. Gelingt es, unsere sozialen und personellen Kompetenzen zu stärken, gelingt es den Bauern und Bäuerinnen, Vielfalt zu bejahen und ihr Potential zu nutzen, können Herausforderungen gemeinsam überwunden werden.

Handlungsspielraum sichern

In Salzburg stießen die Forscherinnen auf eine beeindruckende Vielzahl an bäuerlichen Initiativen und Projekten. Viele dieser Projekte entstanden in der Zusammenarbeit von engagierten Biobauern und Biobäuerinnen, im Bestreben, ihre Autonomie zu erhöhen und gemeinsam ihre Potenziale zu nutzen. Die Prozesse hinter diesen Initiativen sind jedoch oft langwierig und mühsam, bis Erfolge sichtbar und auch messbar werden, vergeht oft eine lange, arbeitsintensive Phase.

Um die Resilienz zu fördern, braucht es auch regionale und politische Rahmenbedingungen, die die Vielfalt, die momentan die Besonderheit der heimischen Landwirtschaft ausmacht, anerkennen und



Illu: Alexander Czernin

stärken. Entscheidungsträger*innen müssen den nötigen Handlungsspielraum sicherstellen, die den Bauern und Bäuerinnen den Freiraum gibt, ihre Kreativität und ihre Ideen weiterzuentwickeln und umzusetzen. Es geht darum, Experimente aktiv zu unterstützen, unbürokratische Finanzierung auch für kleine Projekte zu ermöglichen und das Innovationspotenzial in verrückten Ideen anzuerkennen. Die Vielfalt kann so genutzt werden und zur Stärkung der betrieblichen und regionalen Resilienz beitragen.

*Agnes Strauss und Ika Darnhofer,
Institut für Agrar- und Forstökonomie
an der BOKU*

Informationen zu diesem Projekt, Publikationen, Protokolle der Workshops und die entstandenen Medien (Kurzfilme, Comic-Poster) sind unter folgendem Link abrufbar:

<http://www.wiso.boku.ac.at/afo/forschung/rethink/>

Die österreichische Studie im Rahmen von RETHINK wird mit finanzieller Unterstützung des BMLFUW (Forschungsprojekt Nr. 100939) durchgeführt.

kurz & bündig

BIÖÖKONOMIE UND EXPORTE – WIR HABEN ES SATT!

Die Wintertage des Ökosozialen Forums boten wieder einmal einen interessanten Einblick in die aktuellen agrarpolitischen Diskussionen. Zudem sind sie ein Sittenbild der österreichischen Agrarszene. Lebenswertminister Rupprechter machte Werbung für die Plattform „Wir haben es satt!“ (indem er die Propaganda der deutschen Landwirtschaftsindustrie – „Wir machen euch satt!“ – nachahmte) und beschimpfte den griechischen Premier Tsipras als „wildgewordenen Kommunisten“. EP-Parlamentarierin Köstinger findet Diskussionen mit TTIP-Gegner*innen entbehrlich. Und Landwirtschaftskammerpräsident Schultes betrachtet die Protestaktion der Plattform als „Folklore“.



Foto FIAN Österreich

Der Agrarpolitiktag behandelte heuer die Themen „Bioökonomie“ und „Märkte im Wandel“. Angesichts der Überschussproduktion in wichtigen Sektoren der österreichischen Landwirtschaft (z. B. Milch) und daraus resultierenden Absatzproblemen bzw. Preiswettkämpfen propagieren die agrarpolitischen Entscheidungsträger*innen verstärkt den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen sowie den Export auf zunehmend außereuropäische Märkte. Die politisch beschlossene Liberalisierung des Milchmarktes und die Ausrichtung auf

ständiges Wachstum führen zu einer Verschärfung des Strukturwandels und zu einer Intensivierung der Milchviehhaltung. Damit verbunden ist Überproduktion mit all ihren verheerenden Auswirkungen. Anstatt diesen Entwicklungen mit entschiedenen Maßnahmen entgegenzutreten, soll Milchpulver in alle Ecken der Welt exportiert werden. Minister Rupprechter brüstete sich auch beim Agrarpolitiktag mit seinen Bemühungen, Märkte in Asien zu erschließen.

Auch die seit kurzem gehypte Bioökonomie stellt keinen Ausweg aus dem Dilemma der sinkenden bäuerlichen Einkommen und des Verdrängungswettbewerbs dar. Eine wesentliche Grundlage einer biomassebasierten Landwirtschaft ist die Kontrolle über immer knapper werdende Landflächen. Land- und Ressourcen-Grabbing wird somit verschärft.

Die wiederbelebte Plattform „Wir haben es satt!“ protestierte mit einer Fotoaktion gegen die Scheinlösungen und forderte eine längst fällige Kehrtwende der österreichischen Agrarpolitik.

RECHNUNGSHOFKRITIK AN „IMAGEKAMPAGNEN“ UND ALMCHAOS

„Das BMLFUW gab in den Jahren 2006 bis 2011 rd. 29 Mio. Euro für Öffentlichkeitsarbeit aus. Bei 94 % der Schaltungen in Printmedien im Jahr 2010 fand sich ein Foto des Bundesministers.“ So beginnt der Rechnungshofbericht über die Öffentlichkeitsarbeit des (damaligen) „Lebensministeriums“ in den Jahren 2006–2011. Weiter heißt es: „Im Jahr 2010 ließ die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit Inserate und Advertorials um insgesamt rd. 420.000 Euro zu den Themen „Unsere Bauern bringen“, „Bäuerin des Jahres“ oder „Wir sind Bioweltmeister“ schalten. Diese ent-

hielten nur wenig Text, die Aufmachung vermittelte den Eindruck einer Werbung für die heimischen Bauern.“

Viel (Steuer-)Geld wurde da also investiert, während es gleichzeitig auf einer anderen Baustelle um viel Geld der betroffenen Bäuerinnen und Bauern ging: Beim Almfutterflächen-Chaos stellte der Rechnungshof fest, dass die „massiven Mängel“ seit Jahren bekannt waren.

„Das rechtlich-institutionelle Zusammenspiel der drei Hauptakteure – BMLFUW, AMA und Landwirtschaftskammern – war geprägt von Unklarheiten bei der Rollen- und Aufgabenverteilung und institutionellen Interessenkonflikten“, so der Rechnungshof. „Dies trug zu einer unzureichenden Wahrnehmung der jeweiligen Verantwortung im eigenen Wirkungsbereich bei. Das Ministerium und die AMA erhielten ... seit dem Jahr 2001 wiederholt Hinweise auf Probleme, die möglicherweise systemischen Charakter hatten; dennoch wurde nicht entsprechend reagiert.“ Leider hatte die institutionalisierte Verantwortungslosigkeit ziemlich dramatische Auswirkungen auf die Interessen der Bäuerinnen und Bauern. Oder, anders gesagt – die 29 Mio. für Imagekampagnen hätte man sich sparen können ...

Quellen: Rechnungshofberichte 2014/12 u 2013/4)

TTIP-STOPPEN – GLOBALER AKTIONSTAG

Am 18. April findet ein globaler Aktionstag gegen Deregulierungsabkommen wie TTIP, CETA (Abkommen EU-Kanada), TISA (Dienstleistungsabkommen) und TPP (Transpazifisches Partnerschaftsabkommen) statt. Ziel ist es, weltweit mit kreativen und dezentralen Aktionen dem Widerstand eine – oder eher viele – Stimme(n) zu verleihen. Es wird eine Demo in Wien, eine Aktion in Linz und noch viele andere Aktionen in ganz Österreich geben. Nähere Infos unter www.ttip-stoppen.at

FRAUENBILDER IN AGRARZEITSCHRIFTEN – STATISTINNEN ODER PROTAGONISTINNEN?

Männer dominieren die Landwirtschaft. Das zeigen ein Blick ins Land, der Fortschrittliche Landwirt, Top Agrar und die DLZ in ihrer Bebilderung. Die vier auflagenstärksten landwirtschaftlichen (Halb-) Monatsblätter haben 2014 insgesamt auf 4.472 Fotos Menschen ins Bild gesetzt – aber nur auf etwas mehr als einem Viertel sind Frauen zu sehen. Werbeanzeigen ausgenommen.

Frauen in der Nebenrolle

Auf der Mehrheit der Bilder erscheinen Frauen eher als Zierde denn als Hauptaugenmerk der Fotograf*innen oder Redakteur*innen. Sie befinden sich auf den Bildern häufiger in Begleitung anderer Personen, als dass sie alleine zu sehen sind. Zudem überwiegen bei Fotos mit mehreren Menschen meist die Männer. Sind Frauen Teil der Gruppe, so wird jede vierte davon in ihrer Rolle als Mutter, Oma, Tochter oder Ehefrau gezeigt.

Fotos zeigen Frauen eher fernab von Traktor und Feldarbeit. Sie sind in Rubriken Technik, Forst und Pflanzenbau stark unterrepräsentiert. Männer sieht man dort mehr als fünfmal so oft wie Frauen. In den Rubriken Tierhaltung, Politik und Wirtschaft sowie Management ist jede dritte bis vierte abgebildete Person weiblich. Die Hauptrolle spielen Frauen nur in Familie, Leben, Garten. Dort tauchen sie eineinhalb mal so oft wie Männer auf. Männer hingegen sind in allen Rubriken gleich häufig vertreten.

Frauen und Technik

Das stärkste Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern herrscht, wenn es um den Traktor geht. Weniger als sechs Prozent der Personen, die mit dem Zugfahrzeug abgelichtet werden, sind weiblich. Während bei Bildern mit Männern und Traktoren ein klarer Bezug zur Arbeit mit dem Gerät erkennbar ist, treten die betreffenden Frauen nicht immer als Lenkerin auf. Besonders der „Fortschrittliche Landwirt“ sitzt lieber selbst auf dem Stahlross.

Es gibt sogar mehr Fotos von Männern mit Kind als von Frauen mit Traktor! Dies rührt

daher, dass es in einer der Zeitschriften die Rubrik Junge Leser gibt, in der viele der Kinder eher mit dem Vater als mit der Mutter zu sehen sind.

Dirndl, Stallkluft oder Kostüm?

Frauen in der Landwirtschaft tragen heute eher Jeans und T-Shirt als Dirndl oder Blaumann. Auf über der Hälfte der Abbildungen sind sie mit Freizeitkleidung zu sehen. Ob am Titelbild, in der Rubrik Familie, Garten, Leben oder Management, meist überwiegt dieser Kleidungsstil. Anders bei Wirtschaft und Politik, hier erscheinen Frauen gleichermaßen förmlich wie leger gekleidet. Einzig in der Rubrik Tierhaltung überwiegt die Arbeitskleidung. Ähnliches könnte man im Technikbereich erwarten, doch auch dort werden Frauen meist in Freizeitkleidung präsentiert. Insgesamt sind fast genauso viele Frauen im Lagerhaus- wie im Bürooutfit zu sehen. Die traditionelle Tracht wird im Verhältnis anscheinend am wenigsten oft getragen.

Die vier Zeitschriften im Vergleich

Die vier Zeitschriften unterscheiden sich nicht nur in der Anzahl der abgedruckten Bilder, sondern auch in ihrer Frauenquote. So zeigt Blick ins Land Frauen nur auf einem Fünftel der Fotos, die DLZ macht dies auf jeder dritten Abbildung. Auf das Titelbild schafften es Frauen vor allem bei Top Agrar Österreich und beim Fortschrittlichen Landwirt. Dies jedoch oft in Begleitung von Männern.

Doch wie steht es überhaupt mit der namentlichen Nennung der Frauen? Bei Blick ins Land fällt diese in der Rubrik Wirtschaft und Politik eher dürrig aus, denn vier von fünf Frauen bleiben anonym. Viel informativer ist die Rubrik Familie, Leben und Garten im Österreich-Teil von Top Agrar: Bei vier von fünf der abgebildeten Frauen wird der Leserschaft der Name verraten!

Welche Rolle Frauen auf Fotos in Agrarzeitschriften spielen, haben sich vier BOKU-Studierende näher angesehen.

VON ELLA AUGUSTEYNS, MARINA HETZNER, BERNADETTE MOSER UND JOHANN SCHAUER



Entsprechen die Frauenbilder in Agrarzeitschriften der Realität? Spielen Frauen also meistens die zweite Geige? Der Grüne Bericht 2014 sagt etwas anderes. Bereits das Titelbild zeigt eine Frau. Mit einem Anteil an Betriebsleiterinnen von 36 % liegt Österreich europaweit vorne. Viele der Frauen haben jedoch nur formell, aus Versicherungs- und steuerlichen Gründen, die Betriebsleiterinnenfunktion inne.

Wie viele der Frauen in der österreichischen Landwirtschaft nun Protagonistinnen oder Statistinnen sind, können die Autor*innen durch die Auswertung der Abbildungen in Agrarzeitschriften aber nicht beantworten.

*Ella Augusteyns, Marina Hetzner, Bernadette Moser und Johann Schauer
Studierende an der BOKU Wien*

DIE (IR-)RELEVANZ DES CHLORHUHNS

Im aufkeimenden Widerstand gegen das geplante Handelsabkommen zwischen den USA und der EU ist das durch ein Chlorbad desinfizierte und damit „genussfähig“ gemachte Huhn zum Symbol der über den Atlantik schwappenden Gefahren geworden. TTIP-Gegner*innen befürchten aber wesentlich dramatischere Konsequenzen im Bereich der Landwirtschaft und Lebensmittelsicherheit als die zugegebenermaßen unappetitlichen Chorghühner.

VON IRMI SALZER



Foto: landwirt.com

Ein erster, wichtiger Grund, die angekündigten Vorteile des TTIP aus einer EU-Perspektive in Frage zu stellen, sind die agrarstrukturellen Unterschiede der beiden Verhandlungspartner. In der EU gibt es derzeit etwa 13 Mio. landwirtschaftliche Betriebe mit einer durchschnittlichen Größe von 14 ha. 45 % dieser Betriebe bewirtschaften weniger als 2 ha. Demgegenüber sind in den USA knapp über 2 Mio. Betriebe registriert, die durchschnittlich 170 ha bewirtschaften. Auch, wenn Durchschnittswerte Wirklichkeiten nivellieren (weil es natürlich auch in den USA Kleinbäuer*innen gibt), sprechen die Größenverhältnisse für sich. In der EU ist die agroindustrielle Landwirtschaft zumindest zahlenmäßig noch in der Minderheit, der Export von Produkten nur für eine Minderheit der Landwirt*innen relevant. Die sogenannte multifunktionale Landwirtschaft, die durch die EU-Agrar-

politik gefördert wird (also eine Landwirtschaft, die ländliche Räume und die Kulturlandschaft aufrechterhält, Biodiversität schützt, Naturgefahren eindämmt und lokale Ökonomien befördert) wäre bei einem schrankenlosen Handel mit dem Agroindustrieland USA wohl in der Rolle des Davids. Die Kleinbäuer*innen in der EU, die schon durch die „hauseigene“ Konkurrenz um ihre Existenz kämpfen müssen, geraten noch weiter unter Druck.

Zweitens muss hier mit der Mär aufgeräumt werden, dass es in den Verhandlungen gar nicht mehr um Zölle geht, wie vielerorts behauptet wird. Gerade in der Landwirtschaft, und gerade in sensiblen Bereichen heben die EU und die USA noch Zölle von zum Teil mehreren Hundert Prozent ein. Bei den meisten Produktpartnern, die für europäische Exporteure interessant sind, sind die EU-Zölle jedoch weitaus höher als ihre amerikanischen Pen-

dants. Eine Absenkung der Zölle auf beiden Seiten des Atlantiks würde die europäische Landwirtschaft massiv benachteiligen. So hat der österreichische Landwirtschaftsminister bereits angekündigt, für Rindfleisch trotz TTIP Einfuhrquoten aushandeln zu wollen. Andere Mitgliedsstaaten der EU werden um ihre national bedeutsamen Produkte kämpfen – doch auch die USA werden wichtige Bereiche ausnehmen wollen. Dass es durch Zollsenkungen zu Exportchancen für europäische Produzenten kommt, ist angesichts dieser Fakten unwahrscheinlich.

Die Ziele der Agroindustrie – beiderseits des Atlantiks

Drittens ist es erklärtes Interesse der US-Fleischindustrie, die europäischen Beschränkungen für den Import von Hormonfleisch (sowie auch der berühmten Chorghühner) zu kippen. Die EU-Handelskommissarin Malmström versichert zwar laufend, europäische Standards wären nicht in Gefahr, die bisher durchgesickerten Dokumente lassen aber genau das Gegenteil befürchten. Zudem erscheint es unrealistisch, dass – allen Lippenbekenntnissen zum Trotz – wesentliche Interessen eines Verhandlungspartners einfach vom Tisch gewischt werden können. Die „gegenseitige Anerkennung von Standards“ wird bedeuten, dass europäische Konsument*innen das US-amerikanische Lebensmittelsicherheitssystem akzeptieren müssen – umso mehr, als jegliche Einschränkungen oder Sicherheitsklauseln keine „ungerechtfertigten Handelshemmnisse“ darstellen dürfen – so wird es jedenfalls in den Verhandlungsdokumenten vorgeschlagen. (Daher scheint es verwunderlich, dass Österreichs Agrarelite unisono für TTIP – wenn auch unter Einhaltung der berühmten „roten Linien“ – eintritt. Entweder agieren Bauernbund, Landwirtschaftskammerspitze und Ministerium ziemlich blauäugig oder sie vertreten ande-



Foto: Alois Hamedinger

re Interessen als die der nachhaltigen und kleinstrukturierten Landwirtschaft.)

Viertens erhofft sich die europäische Lebensmittel- und Agrochemieindustrie, die jahrzehntelang mit den Vorbehalten von Konsument*innen und Einschränkungen durch den Gesetzgeber wirtschaften musste, mit TTIP endlich den Durchbruch im Bereich Gentechnik in der Landwirtschaft erreichen zu können. Was in den letzten Jahrzehnten in der EU nicht gelungen ist, soll durch den Druck der USA möglich werden. Gleiches gilt auch für Einschränkungen beim Pestizideinsatz, wie z.B. dem umstrittenen Verbot der Neonicotinoide. Mithilfe der amerikanischen Konkurrenten wollen die betroffenen Agrochemieunternehmen die zuletzt erlittenen „Rückschläge“ bekämpfen.

Nicht zuletzt stellt sich die Frage, ob ein Ankurbeln des transatlantischen Handels mit Produkten, die auf beiden Seiten problemlos hergestellt werden können, im Interesse der Bürger*innen der USA und der EU liegen kann. Die EU-Kommission selbst gibt in einer Studie an, dass sich die Emissionen klimarelevanter Gase durch

TTIP erhöhen werden. Ist es angesichts des Klimawandels, von peak oil und „plastic planet“ sinnvoll und nachhaltig, wenn Apfelproduzent*innen hier wie dort ihre

Exportchancen erhöhen wollen, wenn Käse und Fleisch in noch größerer Menge verschifft werden? Auch und gerade im ökologisch so sensiblen Bereich Landwirtschaft darf Handel keinen Selbstzweck darstellen. Europäische Bürger*innen brauchen keine Chlorhühner, um gut leben zu können – unsere amerikanischen Kolleg*innen übrigens auch nicht.

*Irmi Salzer
Pressesprecherin
ÖBV-Via Campesina Austria*

ÖBV
via campesina austria

IN EIGENER SACHE

Liebe Leser*innen der Bäuerlichen Zukunft!

Die ÖBV-Via Campesina Austria schickt mehrmals pro Jahr einen Newsletter aus, in dem wir über aktuelle Entwicklungen in der österreichischen und europäischen Agrarpolitik berichten und Veranstaltungen ankündigen. Wenn ihr daran interessiert seid, diese Informationen zu bekommen, dann schickt uns doch eure e-mail-Adresse an office@viacampesina.at



RECHENBEISPIEL AMA

Während ich im mitgebrachten Ordner suche, meint der Herr Ingenieur beiläufig zu mir: „Und wenn's die alten Sachen einmal rausgeb'n, dann tuan's ihna leichta beim Suchen!“ Ich habe einen Termin in der Bezirksbauernkammer, ungeduldig blättere ich nach einem Formular, das da in meinem Ordner abgeheftet sein sollte. – Zwanzig Jahre AMA und ÖPUL geben Anlass zum Rechnen.

VON MONIKA GRUBER



Der freundliche Hinweis des Ingenieurs bedeutete, ich sollte zuhause die Unterlagen des vorigen ÖPULs, die aktuell eh nicht gebraucht werden, rausnehmen und archivieren. Also beschriften und griffbereit im Keller oder am Dachboden lagern. Mäusesicher. Und vor Katzen sicher, nicht dass die da mal einen Schiss auf die behördlichen Papiere machen.

Daheim begutachte ich nochmals den randvoll gefüllten Ordner. Ich will wissen, wie schwer das Ding in den zwanzig Jahren seit Beginn des ÖPUL (1995) geworden ist. Er wiegt drei Kilo, auf der Badezimmerwaage abgewogen, und ist einzig ge-

füllt mit Post von der AMA. Das sind die Mehrfachanträge, Kontoblätter, Zahlungsinformationen und Bescheide, die im Laufe eines Wirtschaftsjahres ins Haus flattern. Drei Kilo, das ist mehr als das Geburtsgewicht unseres Enkelkinds.

Neugierig messe ich noch mit dem Schneidermaßband, wie dick die einzelnen Abteilungen im Ordner geworden sind. Knapp zwei Zentimeter hoch stapeln sich die Mehrfachanträge, drei Zentimeter die Zahlungsinformationen und Bescheide. Da sind alle Jahrgänge von 1995 bis 2014 zusammen. Wenn ich das auf 10.000 Bauernhöfe umrechne, hieße das einen 200 m hohen Stapel an Mehrfachanträgen. Im

Vergleich dazu: Der höchste Dom Österreichs, der Stephansdom, ist beeindruckende 136 m hoch. Für den Mehrfachantragsstapel kommen da also noch ein paar Meter mehr dazu.

Rechne ich das auf die rund 173.300 landwirtschaftlichen Betriebe um, die die Statistik Austria für 2010 angibt, dann komme ich auf eine Höhe von 3.466 m. Ein stattlicher Berg. Er könnte dem Großglockner (3.798 m) oder dem Zuckertörl (3.507 m) in den Stubai Alpen Konkurrenz machen. In so einer Höhe wird die Luft schon dünn. Wer einen Aufenthalt in derartigen Höhenlagen nicht gewohnt ist, ringt nach Atem. Reinhold Messner hingegen würde als extremer Höhenbergsteiger hier erst gar nicht anfangen zu klettern. Er bevorzugt Gipfel über achttausend Meter. Na, mir reicht auch schon der Gipfel, den die Bundesregierung uns Bäuerinnen und Bauern mit der AMA als bevollmächtigte Behörde vor die Nase setzte.

Das wäre jetzt interessant, wie viele Prozent des österreichischen Agrarbudgets die AMA verschlang, um all die Computerbildschirme, Rechner, Festplatten, Tastaturen, Telefone, Mäuse, Drucker, Kopierer und Laptops anzuschaffen. Dazu die Softwareprogramme! Was kostet es uns Steuerzahlende, diese computertechnologische Infrastruktur am Leben und am Laufen zu erhalten? Wie viel Steuergeld frisst die Überfliegung zum Zwecke digitaler Überwachung? Welche Mengen an farbigen Druckerpatronen verbrauchen die digitalen Ausdrücke? Wie viel der Hardware wurde in den vergangenen zwanzig Jahren verschlissen und durch neue ersetzt? In der IT-Branche gilt ein Computer mit drei Jahren als veraltet.

Ein einzelner PC samt Bildschirm verbraucht bei seiner Herstellung durchschnittlich das Zehnfache seines Gewichts an Rohstoffen – rund 22 kg Chemikalien, 1.500 l Wasser und 240 kg fossile Energieträger. Zum Vergleich: Bei einem Auto be-

trägt das gerade mal das Ein- oder Zweifache des Produktgewichts. Meistens ist der Abbau der Rohstoffe ein schmutziges Geschäft. Bluti-ge Bürgerkriege, radioaktive Abwässer, Verseu-chung angrenzender Grundflächen. Hunger-löhne, Zwangsarbeit in den Minen – und Zwangsprostitution. Die am schnellsten wach-senden Müllberge stammen vom Elektronik-schrott!

Computer & Co bestehen aus einer Vielzahl an Rohstoffen wie auch Edelmetalle, seltene Schwermetalle und Seltene Erden. Diese spielen eine wesentliche Rolle, damit elektronische Geräte so toll funktionieren. Indium beispiels-weise sorgt beim Touchscreen dafür, dass das Ding sich per Fingerstreich bedienen lässt. In

einer Zeit, in der wir Menschen ein wachsendes Bewusstsein für Umwelt, Nachhaltigkeit, sozia- le Gerechtigkeit und die Problematik der Roh- stoffausbeutung entwickeln, frage ich, wie steht es um die Unternehmensverantwortung der AMA für Umwelt und Mensch? Oder werden als Dienstleister die Gewinne eingestreift und die Schäden auf die Allgemeinheit abgewälzt?

Schade, dass ich nicht notiert habe, wie viele Stunden ich konkret in den vergangenen zwanzig Jahren in Rindermeldungen, Bestandsver- zeichnis, Aufzeichnungspflicht, Kontrolle, Aus- füllanleitung, das Selbststudium der Merkblät- ter, den Besuch von Infoveranstaltungen und die Termine zum Abgeben des jährlichen Mehr- fachantrags gebuttert habe. Zeit, die ich für Ar-

beit am Hof, Muße, Familienleben, Weiterbil- dung, politisches oder soziales Engagement nutzen hätte können. Umgerechnet auf alle ÖPUL-Betriebe wären das ...

Im Vergleich dazu braucht die Bestellung ei- nes Abos der Zeitschrift „Wege für eine bäuer- liche Zukunft“ nur ein paar Minuten Aufwand – und ist vor allem unkompliziert:

baeuerliche.zukunft@chello.at

Fax 01 – 958 40 33

Tel 01 – 89 29 400

Werbt Abos!

Wir haben was davon, ihr habt was davon – alle haben was davon!

Die ÖBV finanziert ihre Tätigkeiten zum überwiegenden Teil durch Subventionen vom Staat. Daneben stellen Mitgliedsbeiträge, Abonnementgebühren und Spenden eine wichtige Einnahmequelle dar. Die Subventionen sind in den letzten Jahren zurückgegangen, die Kosten aber sind gestiegen. Dies führte bereits im vergangenen Jahr zu einem finanziellen Engpass.

Zur Erfüllung unseres Auftrags, einer tatkräftigen Agraropposition, sind wir mehr denn je auf eure Unterstützung angewiesen. Langfristig ist die beste Strategie für eine politische und finanzielle Unabhängigkeit die Erhöhung der Eigenmittel. Wir bitten euch daher nach euren Möglichkeiten, neue Mitglieder und Abonnent*innen zu werben.



Ausschneiden, in ein Kuvert stecken und ab die Post!

Mitgliedschaft und/oder Abonnement

Der Mitgliedsbeitrag beträgt für ordentliche Mitglieder Euro 32,00 plus ein Tausendstel des Einheitswertes bzw. eine Spende für Nicht-Bäuer*innen. Für unterstützende Mitglieder mindestens Euro 32,00. Das Abonnement der Zeitschrift ist inkludiert.

- Ich möchte ordentliches Mitglied werden
- Ich möchte unterstützendes Mitglied werden
- Ich bestelle ein Abonnement (5 Ausgaben/Jahr) der Zeitschrift „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ zum Preis von Euro 25 bzw. Euro 29 (Ausland)

Name:

Adresse:

Beruf: Tel:

E-mail:

Datum: Unterschrift:

- Ich bestelle ein einjähriges Geschenkabo zum Preis von Euro 25 bzw. Euro 29 (Ausland) für:

Zustelladresse:

ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien

Tel.: 01-89 29 400, baeuerliche.zukunft@chello.at, www.viacampesina.at

Bankverbindung: Die ERSTE KtoNr. 04234529 BLZ: 20111

ZVR: 510788025

ÖBV-Info/Veranstaltungen

HUNGER.MACHT.PROFITE.7

März und April 2015

Die bewährten Filmtage zum Recht auf Nahrung zeigen heuer zum siebenten Mal und erstmals in sieben Bundesländern Filme über unser Agrar- und Ernährungssystem. Bäuer*innen werden in den Preiskampf geschickt: „Wachsen oder weichen!“ lautet die Devise. Systematische Überproduktion von Milch oder Fleisch führt zu Preis-Dumping und „organisiert“ den Hunger neu. Liberalisierte und konzentrierte Märkte sorgen für wenige Gewinner und produzieren viele Verlierer – sie schaffen Profit auf der einen, Hunger auf der anderen Seite. Migrantische Erntehelfer*innen werden systematisch durch menschenunwürdige Arbeitsbedingungen und unfaire Löhne ausgebeutet. Aber auch schlechte Lebensbedingungen für Tiere und die Zerstörung von Boden und Natur sind Teil dieses Systems.

In den Filmgesprächen werden dem Wachstumswahn regionale Alternativen entgegengestellt und über Widerstand und Handlungsmöglichkeiten diskutiert.

Termine und nähere Informationen unter www.hungermachtprofite.at

ÖBV-BÄUERINNEN-ARBEITSKREIS

Nächstes Treffen

Mi, 18. März 2015, 10:00 – 16:00
Haus der Frau, Volksgartenstraße 18, 4020 Linz

Alle Frauen, die mit Landwirtschaft zu tun haben, sind herzlich willkommen!

Ziel der Treffen ist es, ein wenig Abstand vom Alltag zu gewinnen, die eigene aktuelle Lebenssituation zu reflektieren, sich mit anderen Bäuerinnen auszutauschen, gemeinsame Anliegen zu diskutieren und Pläne zu schmieden.

Wir freuen uns über eine kurze Anmeldung bei: Monika Thuswald (monika.thuswald@viacampesina.at | 01/8929400)



GROSSES TUN MIT EINEM KLEINEN ZEICHEN.

Mit dem Kauf von Produkten mit dem FAIRTRADE-Gütesiegel geben Sie keine Spende, sondern leisten einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Kleinbauernfamilien und Plantagenarbeiterinnen in Ländern des globalen Südens.

Informationen über alle erhältlichen Produkte und Bezugsquellen finden Sie auf www.fairtrade.at

Das unabhängige Gütesiegel für fairen Handel.



Wege für eine Bäuerliche Zukunft

Schwarzspanierstraße 15/3/1
A-1090 Wien
+43/1/89 29 400
P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1060 Wien
Bei Unzustellbarkeit zurück an:
ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien
Postzulassungsnummer GZ 02Z031272M

